Nr. 32 — Jahrgang 19 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Donnerstag, den 9. Februar 1933

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 2. cr 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

250 000 demonstrieren gegen Hitlerkurs

Die Eiserne Front marschiert auf — Lustgarten kann Demonstranten nicht fassen — Wels Abrechnung mit dem Faschismus — Ruhiger Verlauf

Berlin. Die Eiserne Front veranstaltete ihre ursprünglich bereits für den vergangenen Sonntag geplante Kundgebung gegen die Regierungsbildung am Dienstag abend im Lustgarten. Da die sämtlichen Organisationen der Eisernen Front, der Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Reichsbanner u. Arbeitersportler, aber auch viele tausend Kommunisten aufmarschierten, konnte der Lustgarten nicht alle Teilnehmer fassen. Mehreree Züge blieben in den Straßen der Umgebung stecken. Der Bezirksvorsitzende Reichstagsabgeordneter Künstler eröffnete die Kundgebung mit einem Gedenkwort für die Toten, wobei er insbesondere des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Staßfurt gedachte. Als der Hauptredner, der Parteivorsitzende Otto Wels, das Wort ergriff, ertönten außer Freiheitsrufen andauernde Rot-Front-Rufe der Kommunisten. Wels führte in seiner Rede aus, die überstürzenden politischen Ereignisse hätten heute das arbeitende Volk Berlins in einer Zahl auf die Straßen gerufen, wie es selbst in den Novembertagen 1918 nicht der Fall gewesen sei. Der politische Mord rase durch Städte und Dörfer. Der Führer der Nationalsozialisten habe in seinem Aufruf, für den das gesamte deutsche Reichskabinett verantwortlich sei, wiederum von den Novemberverbrechern gesprochen. Das Volk werde am 5. März dazu Stellung nehmen. Von Taten der neuen Regierung sei noch nichts zu merken. Wels schloß mit den Worten: „Die Parole, unter der wir kämpfen und siegen werden, heißt: „Volk, Deutschland, schütze deine Rechte!"

Auch am Schluß der Rede mischten sich unter die Beifallskundgebungen zahlreiche Rot-Front-Rufe. Die Versammlung löste sich bereits im Lustgarten auf, da ein geschlossener Abmarsch von der Polizei verboten worden war. Trotzdem bildeten sich nach Verlassen des Lustgartens zahlreiche Demonstrationszüge, die unter Hoch- und Niederrufen und dem Ruf „Berlin bleibt rot" in die einzelnen Stadtteile abrückten. Die Polizei löste mehrfach die Züge auf.



Der Bürgermeister von Staßfurt ermordet

Hermann Kasten, Bürgermeister von Staßfurt und Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im Preußischen Landtag, wurde von einem politischen Gegner durch ein Revolverattentat getötet. Ein als mutmaßlicher Täter in Haft genommener 17jähriger Gymnasiast hat bisher noch kein Geständnis abgelegt.

Im „Dritten Reich"?

Das Junkerregime, welches unter der Scheinführung Hitlers in Deutschland die politische Machtposition übernommen hat, zeigt der republikanischen Demokratie, wie mans machen muß, um sich auf alle Fälle am Ruder zu erhalten. Die Teilnehmer an früheren Regierungen haben jetzt Zeit und Muße, darüber nachzudenken, was verfehlt worden ist, um den Grundlagen der Verfassung nicht nur Recht, sondern auch Unterordnung zu verschaffen. Bezüglich der Reform in der Verwaltung und Entfernung der Republikaner aus den Aemtern der Republik, vermögen die „neuen Herren" in Tagen mehr durchzusetzen, als die „republikanischen Regierungen" in eineinhalb Jahrzehnten. Sie fürchten keinerlei Erschütterungen und gehen selbst über ihre Klassengenossen in der Reichswehr mit leichter Hand hinweg, wenn jemand noch von der Weimarer Verfassung träumt, und der Reichspräsident Hindenburg ist jetzt der Gefangene jener Kreise, die eine Kamarilla eingesetzt haben, die alles was in der Wilhelmstraße zu geschehen hat, vollzieht und der Reichspräsident nichts mehr zu sagen hat, als, auf Grund der von ihm beschworenen Weimarer Verfassung aus dem Artikel 48, „Notverordnungen" zu unterzeichnen, deren Zahl immer rasender zum deutschen Bürgerkrieg treibt. Die Republikaner bekommen den Dank dafür, daß sie im „treudeutschen Beamtenstaat" die Junker und ihre Cliquen an der Macht gelassen haben, und wenn es in diesem Tempo weitergeht, dann ist es sogar nicht ausgeschlossen, daß die „Novemberverbrecher" als Dank des Vaterlandes für die Rettung aus dem Zusammenbruch, noch am Galgen baumeln werden. Jedenfalls merkt man den Luftzug der Diktatur auf Schritt und Tritt, und wer sich noch einbildet, daß die Entscheidung um Hitlers Macht durch Neuwahlen zum Reichstag und Landtag fällt, dem ist nicht zu helfen. Aber wir wollen auch keineswegs leugnen, daß die Junker und Nationalsozialisten dem kommunistischen Terror vorbeugen, lieber von sich aus die Diktatur anstreben, als daß sie sich von der Weltrevolution überraschen lassen wollen. Nie hat die deutsche Reaktion für ihr heutiges Tun eine bessere Begründung gehabt, als in dem Hinweis auf das Treiben der Kommunistischen Partei Deutschlands. Das Spiel mit dem Putsch und Bürgerkrieg durch die KPD. mit den Nationalsozialisten gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft, beginnt jetzt seine Früchte zu tragen und trifft nicht die Sozialdemokraten allein, sondern um so härter die Kommunisten.

Trotz dieser offenen Diktatur der Hitler—Papen und Hugenberg, vermögen die Kommunisten nicht zur Einsicht zu kommen, sondern wenden ihre ganze Kraft nicht etwa gegen die Nazis auf, sondern beschimpfen und verleumden weiter die Sozialdemokratie, kein Wunder dann, wenn die Arbeiterklasse, gespalten, die Reaktionäre zu immer schärferen Angriffen reizt. Als letzten Hort, wo das Volk noch von der Parlamentstribüne gegen dieses Junkertreiben die Stimme zu erheben die Möglichkeit gehabt hat, galt noch der preußische Landtag, wo die Regierung Braun—Severing ein Schattendasein führte. Dieses Parlament war nun den Nationalsozialisten und Papen im Wege und da der Landtag nicht politischen Selbstmord begehen wollte, so wurde er jetzt am Montag durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten aufgelöst und man holte sich auch schon den Präsidenten des Staatsgerichtshofes in Leipzig, damit er später diesen Schritt rechtlich sanktioniere. Gewiß darf dieser neue Schritt nicht als Ueberraschung gewertet werden. Die Herren bringen bis zum 5. März noch manch anderes fertig und man tut gut, sich damit abzufinden, daß die Neuwahlen zum Reichstag und Landtag nach unserer Ansicht sehr in Frage gestellt sind. Man wird schon einen Grund finden, daß in letzter Stunde die Wahlen abgeblasen werden, wenn man aus der Wahlstimmung heraus erblicken wird, daß auch diesmal die vereinigte Reaktion keine Aussicht hat, eine Mehrheit zu gewinnen. Zunächst wird Wahlkampf gespielt, aber dem politischen Gegner ist die Versammlungs- und Pressefreiheit durch „Notverordnung" bereits genommen und die Sozialdemokratie hat Massenverbote zu gewärtigen, nachdem man mit dem „Vorwärts" bereits den Anfang gemacht und auch in der Provinz eine Reihe von Parteiblättern beschlagnahmt und verboten hat. Wahlaufrufe dürfen vom Banditentum der Nazis nicht berichten, die marxistische Arbeiterklasse ist vogelfrei! Demonstrationen dürfen zu Ehren des Reichspräsidenten nur Nazis und Stahlhelm machen, anderen demokratisch-republikanischen

Der französische Abrüstungsplan gefährdet?

Ueberraschung über die polnische Erklärung — Wird Frankreich in Warschau intervenieren?

Genf. Die große Aussprache über den französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan wird am Dienstag mit Erklärungen einiger kleinerer Mächte und einer mit großer Spannung erwarteten Stellungnahme des amerikanischen Botschafters Gibson fortgesetzt und am Mittwoch mit einer großen Rede Paul Boncours abgeschlossen werden. Der Hauptausschuß wird dann in die Prüfung des Arbeitsprogramms der englischen Regierung eintreten, zu dem ergänzend das Arbeitsprogramm der deutschen Abordnung erwartet wird. Zwischen der deutschen und der englischen Abordnung finden gegenwärtig fortlaufend Beratungen statt, um eine gewisse Angleichung der beiderseitigen Arbeitsprogramme herbeizuführen.

Die viel besprochene Erklärung des polnischen Regierungsvertreters am Montag wird jetzt allgemein als ein vorbereiter und von gewissen Großmächten vereinbarter Vorstoß bewertet. Die Ablehnung der polnischen Erklärung durch die französische Presse wird hier als ein taktisches Manöver angesehen, da die polnische Regierung sich zweifellos niemals auf der Abrüstungskonferenz in offenen Gegensatz zur französischen Regierung stellen wird. Allerdings soll die polnische Stellungnahme nach zuverlässigen Mitteilungen wesentlich von englischen und amerikanischen Wünschen beeinflußt gewesen sein.

*

London. Pertinax erklärte im „Daily Telegraph" zu der Rede des polnischen Vertreters in Genf, die Auffassung Polens stehe im Gegensatz zu den französischen Ansichten, so daß Paul Boncour den polnischen Vertreter ersucht habe, mit dem Außenminister Beck telefonisch in Verbindung zu treten, um neue Anweisungen zu erhalten. **Tatsache sei, daß Polen eine Umwandlung der Abrüstungskonferenz in eine Zusammenkunft zur Abänderung der territorialen Bestimmungen der Friedensverträge befürchte.** Warschau wünsche deshalb, daß die Besprechungen möglichst bald beendet werden. Paul Boncour stehe auf dem Standpunkt, daß der französische Plan **mit unnachgiebiger Energie verfolgt werden müsse.** Er habe vom englischen Unterstaatssekretär Eden die Zusicherung erhalten, daß England dem französischen Plan einer gegenseitigen Unterstützung nicht feindselig gegenüberstehe und daß sich die englische Abordnung mit der Ueberweisung des französischen Plans an den politischen Ausschuß einverstanden erklären wolle. Paul Boncour habe Nadolny beweisen wollen, daß die deutsche Feindseligkeit gegen den französischen Plan unbegründet sei, weil ein europäischer Plan für gegenseitige Hilfe die Möglichkeit von Revisionen nicht ausschließe.

Die Haltung des polnischen Vertreters gegenüber dem französischen Abrüstungsplan hat hier peinlich überrascht. Man hatte allgemein angenommen, daß der polnische Vertreter mit den Mächten der kleinen Entente **für den französischen Plan stimmen würde.**

Das „Journal" gibt offen zu, man habe nicht angenommen, daß sich der polnische Vertreter so entschieden gegen den französischen Plan aussprechen würde. Auch die Haltung des griechischen Vertreters Politis habe enttäuscht.

Pertinax hält die Haltung Polens für absolut berechtigt und erklärt im „Echo de Paris", Frankreich habe seine Verbündeten in Lausanne und Genf in einer Weise behandelt, die keinesfalls Vertrauen erwecken konnte. Der polnische Außenminister habe einen Weg eingeschlagen, den Paul Boncour über kurz oder lang gleichfalls gehen müsse, wenn er die Interessen seines Landes nicht preisgeben wolle.

Der „Petit Parisien" gefällt sich noch in einem gewissen Optimismus und bezeichnet die Montagverhandlungen als für die französische **Abrüstungsthese** zufriedenstellend. Ohne überhaupt von der ablehnenden Haltung Polens zu sprechen, stellt das Blatt fest, daß sich die meisten kleinen Staaten für **den französischen Plan ausgesprochen hätten und daß selbst der deutsche Vertreter Nadolny um beschleunigte Behandlung gebeten habe.** Paul Boncour habe die Gelegenheit sicherlich nicht unbenutzt gelassen, um Nadolny zuzustimmen, da es ausschließlich von Deutschland abhänge, die Arbeiten zu beschleunigen und sich einem europäischen gegenseitigen Unterstützungsabkommen anzuschließen.

Parteien ist im Augenblick jede Demonstration verboten. Das ist der Weg ins „Dritte Reich", der von den Spießern so sehnsüchtig erwartet wurde und dafür erhält er einen bolschewistischen Vierjahresplan zur Rettung Deutschlands als Wahlversprechen in Aussicht gestellt.

Durch die Reichstagsauflösung ist man jeder Kontrolle für die nächsten zwei Monate frei, durch die Auflösung des preußischen Landtags hat man auch die Regierung Braun—Severing abgesetzt, man ist die Protestler los, die sich fortgesetzt auf die Verfassung berufen und obendrein das Regime noch vor den Staatsgerichtshof bringen, wo man den Papen—Schleicher nicht gerade ein schmeichelhaftes Zeugnis als Brecher dieser Verfassung ausgestellt hat, die zu schützen und zu achten, man erst vor wenigen Tagen beschworen hat. Es ist eine herrliche Zeit für Junker, nur scheinen sie ihre Rechnung ohne den Bürger zu machen, ohne die Arbeiterklasse, die sich diese Provokation nicht gefallen lassen wird. Die Auflösung des Landtags und die Absetzung der Schattenregierung Braun—Severing ist ein offener Verfassungsbruch und damit ist auch die Arbeiterklasse von der Verpflichtung frei, sich an Gesetz und Verfassung zu halten, denn diese hat nur dann einen Sinn, wenn sie von denen geachtet und rechtlich durchgeführt wird, die zu halten, sie beschworen haben. Gewiß, das juristische Gewissen der deutschen Richter in der Republik ist dehnbarer, als irgend die Auslegung eines philosophischen Begriffs und das deutsche Volk braucht nicht besorgt zu sein, daß sich auch jetzt noch Richter in der Republik finden, die auch diesem neuen Gewaltstreich gegen Preußen zuverlässig rechtlich begründen werden. Uebrigens wird das durchaus kein Novum sein, anderwärts hat man auch die Verfassung nach eigenem Bedarf interpretiert, man braucht also nur einem Beispiel zu folgen und für die Juristen ist es immer gut, wenn sie im Dienst des Vaterlandes auf Beispiele zurückgreifen können.

Der offene Verfassungsbruch, der jetzt durch die Notverordnung sanktioniert wurde, ist nichts anderes, wie die Beseitigung der letzten Kontrolle über die Regierung Hitler, Papen, Hugenberg. Die Diktatur wird verankert, ob dies dem deutschen Volke wohl bekommen wird, das ist eine Frage, die wir enschieden verneinen müssen. Deutschland ist weder Italien, noch irgendwie ein Balkanstaat, indem man solche Experimente mit der Bevölkerung machen kann. Jedenfalls hat auch Hitler und sein Schildträger Papen, sowie der Protektor der „nationalen Front" in den wenigen Tagen bewiesen, daß ihre Macht nur auf Notverordnungen aufgebaut ist, daß die schöpferische Wirtschaftspolitik und die Erneuerung Deutschlands nur aus Verfassungsumgehungen bestehen. Die Angst vor der Macht, die den Herren durch den Reichspräsidenten ausgeliefert wurde, droht ihnen selbst am meisten. Einstweilen sind sie stark gegen den Marxismus, man soll sie bei diesem Gebaren nicht stören, bald werden ihnen die Jünger der SS- und SA-Trupps ganz andere Sorgen bereiten, und schließlich die „nationale Front" in ein Chaos von Widersprüchen verwickeln, daß der Bürgerkrieg zunächst am heftigsten in diesen Reihen toben wird. Lassen wir nur den Wahlkampf in seiner vollen Schärfe sich auswirken, und die „nationale Front" kommt zur Besinnung, gerade vom Gesichtspunkt aus, wer wen betrügen will. Die Arbeiterschaft wird zur gegebenen Zeit antworten, sie läßt sich ihre Aktion von niemandem bestimmen und kann auch Provokationen hinnehmen, die sie entsprechend zur gegebenen Zeit vergelten will. Kommt es zum Bürgerkrieg, so trägt dafür die Verantwortung einzig und allein der Reichspräsident, der diese Fronde zur politischen Macht gebracht hat. —ll.

Ueberwachungsausschuß des Reichstages aufgeflogen

Berl'n. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages unter Vorsitz des Abgeordneten Löbe (SD) ist kurz nach Eröffnung seiner Sitzung, zu der Regierungsvertreter nicht erschienen waren, noch vor Eintritt in die sachlichen Verhandlungen aufgeflogen.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank 2, der nach einleitenden förmlichen Bemerkungen des Vorsitzenden das Wort erhielt, wies in längeren Darlegungen darauf hin, daß es für die Nationalsozialisten unmöglich sei, unter diesem Vorsitzenden im Ausschuß mitzuarbeiten. Löbe habe im Lippeschen Wahlkampf Hitler auf das schwerste beschimpft. (Der Redner wiederholte den Löbeschen Ausspruch.) Es kam zu erregten nationalsozialistischen Kundgebungen gegen den Ausschußvorsitzenden, der wiederholt das Wort zu einer Erklärung ergreifen wollte, aber nicht dazukam.

Der Ausschuß ging schließlich auseinander.

Das Urteil im Deutschtumsprozeß

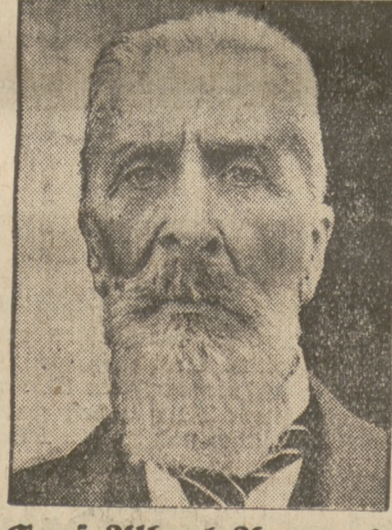
Sejmabgeordneter Gräbe und Genossen verurteilt.

Posen. Das Posener Oberlandesgericht, vor dem heute als Berufungsinstanz zum vierten Male die Verhandlung gegen die Führer des Deutschtums stattfand, hat alle Strafen der ersten Instanz bestätigt. Oberstleutnant Graebe und fünf Angeklagte erhielten je sechs Monate Gefängnis, drei Angeklagte je drei Monate Gefängnis, ein Angeklagter zwei Monate Gefängnis und eine Angeklagte einen Monat Gefängnis. Den letzten fünf Angeklagten wurde eine dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt. Gegen das Urteil wird Berufung beim höchsten Gericht in Warschau angemeldet worden.

Der Staatsanwalt hatte 1930 gegen Oberstleutnant Graebe und mehrere andere führende Mitglieder der deutschen Minderheit in Posen und Pommerellen Anklage erhoben, weil sie an dem zur Wahrung der Minderheitenrechte im Jahre 1922 gegründeten Deutschtumsbund beteiligt gewesen sind. Die Anklage behauptete, daß sie „zum Widerstand gegen das Militärausgebungsgesetz aufgefordert hätten und legte einigen der Angeklagten zur Last, daß sie Nachrichten, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten waren, angeblich sich in der Absicht verschafft haben, sie zugunsten einer ausländischen Regierung zu benutzen. Das Bezirksgericht verurteilte im April 1930 11 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu einem Monat. Im Juni 1931 hatte das Appellationsgericht in Posen das erstinstanzliche Urteil im wesentlichen bestätigt. Das Oberste Gericht in Warschau erklärte in einem **Revisionsverfahren die Schuld mehrerer Angeklagter für erwiesen.** Wegen des Strafmaßes wurde das Urteil der Vorinstanz in vollem Umfange aufgehoben; die Angelegenheit wurde zur Verhandlung der übrigen Punkte an das Appellationsgericht in Posen zurückverwiesen. Dort wurde das oben erwähnte Urteil gefällt.

Wiederzusammentritt des britischen Unterhauses

London. Am Dienstag trat das englische Unterhaus zum ersten Mal seit der Vertagung im Dezember wieder zusammen. Die Regierung machte in der Eröffnungssitzung mehrere kurze Ankündigungen über die wichtigsten internationalen und innerpolitischen Fragen. Zur Abrüstungsfrage sagte Sir John Simon: Die englische Regierung ist der Meinung, daß die Annahme des neuen englischen Programms als Grundlage für die Arbeiten der Abrüstungskonferenz das beste Mittel für die Förderung dieser Arbeiten sein würde. Zur Weltwirtschaftskonferenz erklärte Ministerpräsident Macdonald unter Berufung auf die Beschlüsse des Völkerbundes, daß die Konferenz nicht vor drei Monaten vom gegenwärtigen Zeitpunkt an stattfinden könne und daß der Organisationsausschuß in der Zwischenzeit zusammentreten solle, um den endgültigen Zeitpunkt festzusetzen. Macdonald bestätigte dann, daß er den Vorsitz der Weltwirtschaftskonferenz angenommen habe. Die Annahme des Vorsitzes habe er jedoch davon abhängig gemacht, daß die Weltwirtschaftskonferenz in London



Graf Albert Apponyi

Ungarns langjähriger Völkerbundsvertreter ist am 7. Februar im Alter von 88 Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

Eine Entschließung der sozialistischen Landestagung in Paris

Paris. Auf der Landestagung der sozialistischen Partei wurde am Sonntag eine von Leon Blum eingebrachte Entschließung angenommen, in der der Kammerfraktion ein Tadel für ihre Haltung bei der letzten Regierungskrise ausgesprochen wird. Der Parlamentsfraktion wird das Recht abgesprochen, mit der Regierung im Namen der Partei zu verhandeln, ohne dazu vorher vom Landesrat ermächtigt worden zu sein. Außerdem wird eine ständige Verbindung mit anderen Linksgruppen der Kammer untersagt.

In der Abstimmung über den Entschließungsantrag Leon Blums vorausgegangenen Aussprache kam es verschiedentlich zu heftigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Anhängern und Gegnern der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung, bis es schließlich Leon Blum gelang, die Mehrheit zu erhalten. Der Führer der Sozialisten erklärte u. a., daß er manchmal selbst am Parlamentarismus zweifele. Er habe als Anarchist angefangen, möchte aber nicht wieder dahin zurückkehren. Dem Kabinett Daladier wünsche er eine lange Lebensdauer, die letzten Endes aber von ihm selbst abhängen werde. **Die Aufgabe der sozialistischen Partei müsse es sein, in der breiten Masse des Volkes die Tatsache zu verkünden, daß die Sozialisten alles getan hätten, um eine Aenderung der gegenwärtigen Kammermehrheit bezw. eine Ausbreitung dieser Mehrheit nach rechts zu vermeiden.**

Beschlagnahme der Breslauer „Volkswacht" von der Staatsanwaltschaft abgelehnt

Berlin. Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat das Amtsgericht Breslau die Bestätigung des Antrages der Staatsanwaltschaft auf Beschlagnahme der „Volkswacht" und ihrer Kopfblätter abgelehnt. In der Begründung der Ablehnung heiße es, daß der Artikel mit der Ueberschrift „Gegen Diktatur und Volksbedrückung" nicht gegen die §§ 81, 86 des Strafgesetzbuches verstoße, sondern lediglich einen Aufruf zur Wahl mit legalen Mitteln, nämlich mit dem Stimmzettel, enthalte.

Die Klage der Regierung Braun in Leipzig eingegangen

Leipzig. Die Staatsrechtsklage der preußischen Minister gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar ist im Laufe des Dienstag beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eingegangen. Die Klage ist der Gegenpartei mit einer **kurz bemessenen Frist zur Beantwortung zugestellt worden.**

Gegen den Völkerbund!

Massenversammlung des Nationalbundes aller politischen Parteien verlangt sofortigen Austritt Japans aus dem Völkerbund.

Tokio. Wie die Agentur Shimbun Rengo meldet, fand am Dienstag eine vom Nationalbund aller politischen Parteien einberufene Massenversammlung über die mandschurische Frage statt. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der die Regierung aufgefordert wird, mit sofortiger Wirkung aus dem Völkerbund auszutreten. Die Entschließung wurde dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister, dem Kriegsminister und dem Marineminister überreicht. Sie enthält schwere Anschuldigungen gegen den Völkerbund, der durch seine Haltung nicht nur den Frieden im Fernen Osten gefährde, sondern der auch gegen den Geist handele, der ihn eigentlich beseelen sollte. Auf der Versammlung sprachen Vertreter aller Parteien. Ihre Reden und der Verlauf der Versammlung wurden durch Rundfunk im ganzen Lande verbreitet.

Der Finanzausschuß der französischen Kammer zusammengetreten

Paris. Der Finanzausschuß der Kammer ist am Dienstag nachmittag zusammengetreten, um den Finanzplan der Regierung entgegen zu nehmen und die Wahl eines neuen Generalberichterstatters anstelle des zum Haushaltsminister ernannten Abgeordneten Lamaureux vorzunehmen. Da hierfür als einziger Kandidat der Radikalsozialist Jaquier aufgestellt ist, stehen seiner Wahl keinerlei Schwierigkeiten entgegen.

Vampyre

Roman von Bert Oehlmann

1)

1.

Ein junges, schönes, aber ärmlich gekleidetes Mädchen hatte, ein kleines Köfferchen in der Hand, den Hamburger Wartesaal 3. Klasse betreten und sich die Treppe zur Estrade emporsteigend, an einem jener Tische niedergelassen, von denen aus man das ganze Bahngelände mit all den Schienen, Waggons, Signalmasten und den unablässig zwischen Altona und Ohlsdorf hin und her gleitenden elektrischen Vorortzügen weit überblicken kann.

Niemand war auf das Mädchen, das eine Zugereiste zu sein schien, aufmerksam geworden, bis plötzlich etwas geschah, was das Mädchen mit einem Schlage in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses rückte.

Es erscholl nämlich die laute Stimme eines Kellners, der zornig Bezahlung eines der drei Stückchen Kuchen verlangte, von denen nur noch zwei auf dem Teller lagen.

Die Fremde hatte, wohl vom Hunger überwältigt, dem Anblick des mitten auf den Tisch gestellten Tellers nicht widerstehen können, sich ein Stück Kuchen angeeignet, und war nun nicht imstande, den geringsten Betrag dafür zu entrichten.

Vor ihr stand ein Mensch im schäbigen Frack, der nicht nur zeterte, sondern auch heftig gestikulierte und davon ein krebsrotes Gesicht bekam. Das war der Kellner.

Tränen stürzten dem Mädchen aus den Augen.

„Ich — ich — ich habe kein Geld mehr!" schluchzte es, wie flehend die Hände zu dem Erregten emporhebend. „Alles hat man mir gestohlen. Alles. Es waren mehr als hundert Mark."

Eine Frau am Nebentisch machte eine boshafte Bemerkung, die dem Mädchen das Blut zu Gesicht trieb.

„Es ist keine Lüge!" rief es. „Ich trug es in einem kleinen Beutel bei mir. Aber ich bin im Zuge eingeschlafen, und als ich erwachte, war es verschwunden."

„Was habe ich davon?" zeterte der Kellner. „Ich will mein Geld!"

„Ich habe keines mehr," stammelte die Fremde.

„Aber Kuchen essen!" schimpfte der Mann. „Kuchen, den ich bezahlen muß. Daraus wird aber nichts, mein verehrtes Fräulein! Noch haben wir für Zechpreller eine Polizei!"

Er lief fort und kam auch wirklich wenige Minuten später mit einem Beamten in Zivil wieder.

„Das ist sie!" rief er zornig, auf das schöne Mädchen zeigend, in dessen Augen sich Furcht und Schrecken, Scham und grenzenlose Verzweiflung paarten.

Einen Augenblick ließ der Beamte seinen Blick auf der ärmlich, aber doch sauber gekleideten Frauengestalt ruhen. Dann sagte er kurz: „Begleiten Sie mich bitte zum Büro."

Leise vor sich hinweinend folgte das junge Mädchen dem Manne nach, während hinter ihm das Keifen des Kellners und das schadenfrohe Gelächter der Augenzeugen erschallte. Es war schlimmer als ein mittelalterliches Spießrutenlaufen. In der hochgewölbten Bahnhofshalle wandte sich der Beamte nach rechts und verschwand schließlich mit der Uebeltäterin in einem Zimmer, an dessen Tür das Wort „Bahnhofspolizei" prangte.

„Ich bin keine Diebin," schluchzte das junge Mädchen, verzweifelt die Hände ringend. „Hunger war es, der mich verleitete, das winzige Stück Kuchen zu nehmen. O, lieber Herr, ich flehe Sie an: Glauben Sie mir! Man hat mir meine ganze Barschaft gestohlen!"

Der Beamte beruhigte sie. „Vielleicht ist es gar nicht so schlimm," sagte er. „Erzählen Sie einmal in aller Ruhe, wer Sie sind und woher Sie kommen." Seine Stimme klang gar nicht so hart. Mitleid kündete sein Blick. Er wußte wohl zu unterscheiden, wer ein Dieb und wer keiner war. Den geringfügigen Mundraub, den die Fremde begangen, brachte er keineswegs zur Anzeige.

Das Mädchen erzählte voller Hast.

Es hieß Agnes Fischer, besaß weder Eltern noch Verwandte und war bis gestern bei einem Dorfschulmeister im Kreise Schleswig Kindermädchen gewesen, infolge Versetzung des Lehrers aber entlassen worden. Hoffend, in Hamburg Stellung zu finden, hatte sie sich nach hier gewandt, war jedoch, von Müdigkeit überwältigt, im Zuge eingeschlafen, um bei der Ankunft zu ihrem Erschrecken festzustellen, daß unbekannte Diebe ihr nicht nur das Geldbeutelchen, dessen Schnüre sie um den Hals trug, abgeschnitten, sondern auch noch den Reisekoffer, der ihre Wäsche und gute Kleidung enthielt, entwendet hatten. Was ihr geblieben, war lediglich ein kleines Köfferchen mit ihren Papieren, Zeugnissen und den nötigsten Reiseutensilien darin.

An Hand der Papiere erkannte der Beamte, daß das junge Mädchen die Wahrheit sprach. Das Zeugnis schilderte Agnes Fischer als fleißige, überaus ehrliche und treue Person, die ihre Kündigung nur erhalten habe, weil er sich — der Lehrer — nach seiner Versetzung verkleinern wolle und für ein Kindermädchen keine Vakanz mehr habe.

„Seien Sie ohne Sorge, es geschieht Ihnen nichts," nickte ihr der Beamte freundlich zu. „Das, was Sie getan haben, werden Sie ein zweites Mal gewiß nicht wieder tun. Die Sache mit dem Kellner erledige ich. Aber was soll nun mit Ihnen werden? Sie stehen mittellos in einer fremden Stadt!"

Ihre Freude über die gütigen Worte des Mannes machte nun einer verzweifelten Ratlosigkeit Platz. Ja, was sollte sie beginnen? Ohne Geld, ohne anständige Kleider?

„Wenden Sie sich an die Bahnhofsmission," schlug ihr der Beamte vor. „Oder an die Vereinigung, die sich zum Schutze alleinreisender Mädchen gebildet hat. Die eine oder andere Einrichtung wird schon Rat wissen. Dort sind Sie für das erste gut aufgehoben!"

Er beschrieb ihr den Weg, den sie innerhalb des Bahnhofs einzuschlagen hatte, um die Räume der genannten Institutionen zu erreichen. Ein herzlicher Dank war es, mit dem sie sich von dem Beamten verabschiedete.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Die „Lappen“ in der schlesischen Schwerindustrie

Die Rache der Sanacjapresse.

Als Handelsminister Zarzycki die polnischen Aufsichtsräte in der schlesischen Schwerindustrie mit dem schönen Namen „Lappen“ (Scierki) belegte, hat die Presse einige Herrn in den Aufsichtsräten mit Namen genannt. U. a. wurde Fürst Radziwill, Fürst Lubomirski, Szydlowski, Gliwic und Graf Potocki genannt. Alle diese Herren spielen führende Rollen in der Sanacja bezw. in dem Regierungsblock im Warschauer Sejm. Natürlich hat die Namennennung große Aufregung in den Sanacjakreisen hervorgerufen und man beschwerte sich gegen den Handelsminister beim Ministerpräsidenten Prystor, beim Klubführer Slawek und ging selbst zum Marschall Pilsudski hin, hatte aber kein Glück damit, denn Marschall Pilsudski wollte mit „Lappen“ überhaupt nicht reden. Die „Lappen“ haben nichts ausgerichtet, aber die Sanacja mußte etwas tun, um die Sache nicht auf sich sitzen zu lassen. Man grübelte nach und fand etwas, fand sogar sehr viel und geht jetzt damit hausieren. Gewiß wird nicht abgestritten, daß der größte Teil der „Lappen“ im Sanacjalager sitzt, denn das kann man nicht mehr abstreiten, aber die Opposition hat auch ihre „Lappen“ und das verschafft der Sanacja eine Genugtuung.

Das Sanacjablatt „Jutro Pracy“ führt alle diese „Lappen“ an, und die hiesige „Zachodnia“ hat gleichfalls zugegriffen und hat den Artikel vom „Jutro Pracy“ übernommen. Dabei heißt es, daß der Fürst Radziwill, Dr. Wieniawski und Minister Gliwic keine „Lappen“ mehr sein wollen und ihre Aufsichtsratsmandate niedergelegt haben. Die oberschlesischen Arbeiter werden ihnen sicherlich keine Träne nachweinen.

Wir möchten diese Gelegenheit auch nicht verpassen und wollen nach der polnischen Presse die Namen der betreffenden Herren nennen, die Minister Zarzycki mit dem schönen Ausdruck „Lappen“ belegte. In der Interessengemeinschaft (Kattowitzer Aktiengesellschaft) sitzen nachstehende polnische Herren im Aufsichtsrate: Dr. Heinrich Aschkenazy, Graf Karl Belina-Brzosowski, Professor Johann Okulski, Graf Alfred Potocki, Minister Stefan Przanowski, Kazimir Przybyslawski, Dr. Graf Julian Twardowski, Konstanty Wolny, Stefan Zielewicz, Dr. Sigismund Zielewicz, Prof. Dr. Ludwig Zelenski, Jozef Zychlinski.

In der Godulla-Spolka sitzen im Aufsichtsrate Alfred Falter und Minister Georg Michalski. In dem Aufsichtsrate der Ferrumwerke sitzt Heinrich Aschkenazy, Alfred Falter, Alfred Goldklang, Landau, Anton Lewalski und Minister Michalski. In den Hohenlohewerken sitzen die Herren im Aufsichtsrate: Waldemar Mauve, Simon Rudawski, Stanislaus Widomski, Wojciech Korfanty und Alexander Ciszewski (Generaldirektor). Rudowski und Widomski sind Wojewodschaftsbeamte, die in den Aufsichtsrat vom Handelsministerium delegiert wurden. Wer alles in den Aufsichtsräten der übrigen Industriekonzerne sitzt, wird leider nicht gesagt. Das ist schade, denn wir möchten das sehr gerne erfahren. Jedenfalls steht es fest, daß die meisten polnischen Aufsichtsräte dem Sanacjalager angehören, die da mit den Vertretern der Opposition harmonisch über Arbeiterabbau, Betriebseinstellung, Lohnabbau usw. zusammenarbeiten. Herr Falter hat sich in mehreren Industriekonzernen niedergelassen, denn er weiß, daß es sich heute nicht nur bequem, sondern auch sehr warm sitzt. Man geht in die Sitzung, trinkt und ißt viel und das Beste und steckt einen gut ausgestopften Briefumschlag in die Westentasche. Korfanty saß früher in mehreren Aufsichtsräten, wurde aber abberufen und sitzt heute nur noch in den Hohenlohewerken. Da ist der schlesische Sejmmarschall ein „Glückspilz“ im Vergleich zum Korfanty, denn er sitzt immer noch in den Aufsichtsräten zwei großer Konzerne.

Aus der Budgetkommission

In der Dienstagsitzung der Budgetkommission kamen nur die Subventionen zur Beratung, die im kommenden Budgetjahr dem Wojewodschaftsrat zur Verfügung stehen werden. Es ist nur zu natürlich, daß jede, irgendwie der Sanacja verbundene Organisation ihre Ansprüche anmeldet, da ja alle die patriotischen Leistungen auf Kosten der oberschlesischen Steuerzahler produziert werden, wobei es gar nicht darauf ankommt, daß Subventionen für die Kunsteisbahn unter den Titel Erziehung, außerhalb der Schule kommen oder daß der Aufständigenverband 44 000 Zloty fordert, damit er mit dem Bau des „Aufständischen-Hauses“ beginnen kann, oder eine Nähstube der Sanacjamatki 21 000 Zloty fordert, für den Bau einer Schule der Pfadfinder 20 000 Zloty bewilligt werden, und so geht die Reihe weiter, wobei nicht verkannt werden soll, daß dies fortlaufende Subventionen sind, die alljährlich wiederkehren, weil der Sejm nun einmal sein „Wohlwollen“ nicht einhalten konnte. Abg. Witczak hat auch bei einzelnen Positionen nicht verschwiegen, daß es sich um einseitige, parteipolitische Unterstützungen handelt, aber der Sejm soll eben, gegenüber den Aufständischen, seine Opferwilligkeit als Dank für die Beteiligung an den Wahlen von 1930 bezahlen und es ist nicht ausgeschlossen, daß wiederum ihrerseits die Aufständischen sich für die Subvention an kommenden Wahlen in gleicher Weise beteiligen werden und die Opposition ganz mundtot machen. Abg. Glücksmann erklärte denn auch, daß nach seiner Ueberzeugung die ganzen Subventionen in dieser Zeit gestrichen werden müßten und andere Abgeordnete waren der Meinung, daß der Sejm endlich mit dem Subventionswohlwollen aufhören müsse, nichtsdestoweniger kamen die Sanacjaorganisationen ganz gut weg.

Zu einer interessanten Auseinandersetzung kam es schließlich noch bei dem Posten „Oberste Kontrollkammer“, die eine Ausgabe von 140 000 Zloty erfordert. Abg. Dr. Glücksmann und der Abg. Chmielewski forderten schließlich Aufklärung, warum man diese hohen Ausgaben macht, wenn schließlich die Rechnungslegung über das Budget jetzt um vier Jahre zurück ist und nach einer solchen Zeit die Ausführungen, bezw. Bemängelungen der Durchführung des Budgets Schlesiens, doch wertlos sind. Man könnte sich also diese Ausgabe ganz gut ersparen. Der Vertreter der Obersten Kontrollkammer erklärt, daß seinerseits die Schlußabrechnungen, bezw. Nachprüfungen, erfolgen und der Obersten Kontrollkammer in Warschau rechtzeitig zugeschickt werden, sie sind auch dort bereits erledigt und dürften durch den Ministerrat auch bereits dem Wojewoden zugeschickt worden sein, was dann mit ihnen geschieht, das könne er leider nicht mehr beurteilen, weil dies außerhalb seiner Kompetenzen liegt. Die Budgetkommission hat die Bewilligung dieses Etatstitels vertagt und will dadurch eine Novellisierung des fraglichen Gesetzes anstreben, um auch hier dem Schlesischen Sejm den Einfluß auf die Kontrolle des Budgetabschlusses zu sichern. Die nächste Sitzung der Budgetkommission findet am Mittwoch statt, am Freitag begibt sich die Kommission nach Krakau zur Besichtigung des Akademikerheims, welches im Bau begriffen ist und bereits mehrere 100 000 Zloty Subventionen durch den Schlesischen Sejm erhalten hat, jetzt weitere 250 000 Zloty Subventionen gefordert werden, ohne daß ein Bild darüber zu erhalten ist, wie sich der Bau vollzieht. Durch örtliche Kenntnisnahme soll nun entschieden werden, wieweit Schlesien nach dort wiederum Subventionen zuweisen soll.

Um die Pressefreiheit in Polen

Das neue Pressegesetz — Die Wirtschaftskrise und die Presse — Anstatt Hilfe, neue Strafbestimmungen — Die Lage der Arbeiterpresse — Wer hilft der Arbeiterpresse?

Die Gruben und Hütten werden stillgelegt, die Arbeiter kommen auf die Straße und leben von den kargen Unterstützungsgroschen. Ein Teil der Handwerker und Gewerbetreibenden konnten in diesem Jahre nicht mehr die Patente einlösen. Man sieht geschlossene Geschäfte, selbst im Zentrum großer Industrieorte. In Myslowitz hat ein Eisenbahner am Neuen Ringplatz ein Haus erbaut, mit 5 Geschäften. Bei der Vermietung der Wohnungen, stellte der neue Hausbesitzer den Mietern die Bedingung,

den Laden mitzumieten.

Es ist nicht lange her, als Kaufleute für einen Geschäftsladen 3000 Dollars Abstandsgeld gezahlt haben. Sie verpflichteten sich monatlich bis zu 2000 Zloty Miete zu bezahlen. Diese Zeiten sind vorüber. Man kann Geschäftsläden haben so viel man will, aber man will sie nicht haben, denn die Leute verspüren keine Lust, das Geld, das sie noch haben, loszuwerden. So sieht heute das Leben im Handel u. Gewerbe aus. Wie mag es da der Presse, hauptsächlich aber der Arbeiterpresse ergehen?

Das teuerste Geschäft — wenn wir schon einmal über Geschäfte reden wollen — ist zweifellos ein Zeitungsunternehmen. Die Druckereimaschinen sind sehr teuer. Weder Rotationsmaschinen, noch Setzmaschinen, noch sonst was, was zu einer Druckereieinrichtung gehört, kann man in Polen haben. Die Maschinen und Maschinenteile, die recht kompliziert sind und sich sehr schnell abnützen, müssen aus Deutschland, bezw. andern Herrnländern eingeführt werden. Sie kosten ein Heidengeld, zumal der Zollsatz unglaublich hoch ist.

Daß wir in Polen ein Papierkartell haben, haben wir bereits berichtet. Das Kartell wird bekanntlich zu dem Zwecke gegründet,

um die Konsumenten auszunützen,

durch Hinaufschiebung der Preise. Ein Bogen Schreibpapier kostet 5 Groschen. Vor dem Kriege hat man für 10 Pfennig 20 Bogen bekommen. Die Druckereiarbeiter, sind durchwegs gut qualifizierte Arbeitskräfte, gut organisiert, wenigstens in Deutschland. Da Polnisch-Oberschlesien früher zu Deutschland gehörte, so war auch bei uns die Organisation der Buchdrucker immer die beste von allen Arbeiterorganisationen. Der Schlagfertigkeit der Organisation haben die Buchdrucker den höheren Lohn zu verdanken. Die Löhne in der Druckerei steigern die Unkosten. Der Redakteur muß auch besser bezahlt werden. Alles zusammengenommen, steigert gewaltig die Unkosten, die in einem Druckereibetrieb viel höher sind, als in einem anderen Unternehmen. Das Zeitungsunternehmen ist ein teures Unternehmen und hat die Zeitung keine Hilfe von Auswärts und keine Inserate, so kann sie sich nur mit Mühe halten.

Die bürgerliche Presse baut ihre Existenz auf der Geschäftswelt und dem Großkapital auf, denn sie dient dem Mittelstande, bezw. dem Großkapital.

Der Mittelstand und das Großkapital braucht die Presse sehr dringend, um auf die Arbeitermassen einwirken zu können. Die besitzenden Klassen wissen auch die Presse einzuschätzen und sind nicht zugeknöpft, wenn es gilt, ihr zu helfen und sie auszubauen.

Nur die Arbeiterpresse findet nirgends eine Stütze. Sie ist lediglich auf die Arbeiter angewiesen. Sie würde auch keine Stütze benötigen, denn sie dient der großen Masse des arbeitenden Volkes.

Die Zahl der Arbeiter beträgt Millionen, und würde ein jeder Arbeiter sein Blatt lesen, dann müßte es der Arbeiterpresse noch viel besser gehen, als der bürgerlichen Presse.

Die Arbeiter sind arm, aber sie erhalten die ganze Welt, denn sie schaffen Werte. Leider Gottes lesen die Arbeiter die Arbeiterpresse nicht. Wenn sie eine Zeitung halten, so ist das ein bürgerliches Blatt. Sie sind der Meinung, daß sie daraus viel klüger werden, als aus dem Arbeiterblatt. Sie werden nicht klüger, aber sie werden

unschlüssig und stehen den Arbeiterfragen kritisch gegenüber.

Sie hegen Mißtrauen zu den Arbeiterkämpfen, denn die Zeitung der besitzenden Klassen, hat ihnen Mißtrauen zu den Arbeiterfragen und ihren Führern eingepaukt. Gewiß haben wir Arbeiter, die an der Arbeiterpresse mit allen Herzensfasern hängen. In der Wirtschaftskrise ist es diesen Arbeitern sehr schlecht ergangen, denn man hat sie zuerst abgebaut. Man will keine sozialistisch aufgeklärten Arbeiter beschäftigen, denn sie sind gefährlich. Sie stehen mittellos da und können das Blatt nicht mehr bezahlen. Die andern, die noch eine Zeitung halten können, sind viel zu „gescheit“, um ein sozialistisches Blatt zu halten und zu lesen. Sie wollen nörgeln in der sozialistischen Arbeiterpartei, denn hier ist alles erlaubt, persönliche Verunglimpfungen mitinbegriffen. Diesen „Kritikern“ haben die sozialistisch überzeugten Arbeiter zum guten Teil ihre Notlage zu verdanken.

Unter solchen Umständen muß die sozialistische Arbeiterpresse mit gewaltigen Schwierigkeiten kämpfen. Hinzu kommt noch, daß die Arbeiterpresse bei den Pressebehörden nicht gut angeschrieben ist.

Beschlagnahmen und Prozesse sind auf der Tagesordnung

und das erschwert das Dasein einer sozialistischen Zeitung.

Aus Warschau wird berichtet, daß die Regierung ein

neues Pressegesetz

ausgearbeitet und dem Sejm zur Beschlußfassung vorgelegt hat. Wir kennen das neue Gesetz nicht, weshalb wir auch unsere Meinung dazu nicht aussprechen können. Doch müssen wir uns auf das Aergste gefaßt machen. Als sozialistische Arbeiterpresse, stehen wir zu der heutigen Regierung in der Opposition und werden nicht etwa durch Handschuhe angepackt. Unsere einzigste Hoffnung sind die Arbeitermassen. Die Not ist so groß, daß es wohl Zeit wäre, daß die Arbeiter endlich zur Besinnung kommen und anstatt bürgerliche Zeitungen, den „Volkswille“ lesen werden.

Die Friedensgrube vor dem Demo

Die Entscheidung vertagt.

Beim Demo haben sich gestern die Vertreter der Ballestremschen Verwaltung und der Betriebsrat der Friedensgrube eingefunden, um über die Stillegung der Friedensgrube zu beraten. Die Vertreter der Grubenverwaltung haben erklärt, daß die Grube für bestimmte Zeit stillgelegt wird. Wann sie wieder in Betrieb gesetzt werden soll, haben sie nicht gesagt. Weiter sagten die Vertreter der Grubenverwaltung, daß die Grube Millionenverluste zu verzeichnen hat. Dabei liefert die Grube Kohle an die Friedenshütte. Wird die Grube stillgelegt, dann muß die Hütte von einer weit entlegenen Grube Kohle beziehen müssen und dürfte mit einem Antrag auf Stillegung des Werkes ausrücken und diesen mit der Unrentabilität begründen. Die Arbeitervertreter haben auf diesen Umstand hingewiesen und verlangten die Zurückweisung des Antrages auf Stillegung der Grube. Sie haben auch auf die Finanzlage der Gemeinde hingewiesen, die sich unerträglich gestalten wird, falls die Grube stillgelegt werden sollte. Der Demo hat keine Entscheidung getroffen. Er erklärte nur, daß er gegen die Stillegung des Kohlenwerkes sei, wird aber der Sache auf den Grund gehen und die Dinge zuerst prüfen.

Die Bautätigkeit in Polen

Das Statistische Hauptamt notiert jedes neue Wohnhaus in Polen. Im dritten Vierteljahre 1932 wurden in ganz Polen 712 Wohnhäuser neu erbaut und 143 Zubauten ausgeführt. In derselben Zeit wurden insgesamt 1842 neue Bauten in Angriff genommen. In den neuen Wohnhäusern befinden sich 1970 Wohnungen mit 5351 Zimmern. Die meisten Wohnungen setzen sich aus 2 Zimmern und Küche zusammen.

Knappschaftsmitgliedern zur Beachtung!

Nach einer Bekanntgabe der Knappschaftsverwaltung werden alle Knappschaftsmitglieder verpflichtet, im Falle der Erkrankung innerhalb 3 Tagen nach Ausstellung des Krankenscheines, den zuständigen Bezirksarzt zwecks ärztlicher Behandlung aufzusuchen. Die Knappschaftsärzte sind angewiesen worden, bei nicht rechtzeitiger Anmeldung entsprechende Erhebungen anzustellen. Falls ein entschuldbarer Grund nicht vorliegt, kann dem Patienten die ärztliche Behandlung verweigert werden.

In letzter Zeit konnte des öfteren festgestellt werden, daß verschiedene Mitglieder, welche im Besitz eines Krankenscheines waren, erst nach längerer Zeit den Arzt aufsuchten oder überhaupt gar nicht erscheinen. Im eigensten Interesse werden die Knappschaftsmitglieder gut tun, die vorschriftsmäßigen Termine genau innezuhalten. y.

Arbeiterkündigungen auf der Kleophasgrube

Bei den Notstandsarbeiten auf der Kleophasgrube sind noch gegen 300 Arbeiter beschäftigt. Die Verwaltung geht jetzt daran, einen Teil der Notstandsbelegschaft abzubauen. Sie hat 40 Arbeitern und 5 Angestellten die Kündigung zugestellt. Die Arbeiter werden am 1. März zur Entlassung gelangen.

Heute wird die Kokerei „Wolfgang“ in Betrieb gesetzt

Nach der großen Gasexplosion auf der Wolfgangkokerei in Ruda, wurden die Trümmerhaufen bereits weggeschafft und die schadhafen Maschinen durch neue ersetzt. Die Arbeiten sind soweit gediehen, daß heute der Betrieb teilweise wieder aufgenommen wird. Die Herstellung der Maschinenhalle wird allerdings noch längere Zeit erfordern.

Ueber 400 Gemeinden in der Wojewodschaft Schlesien

Nach statistischen Erhebungen weist die Wojewodschaft Schlesien 18 Stadt- und 11 Landkreise, sowie 401 Stadt- und Landgemeinden einschließlich der Ortschaften auf. Der Flächenraum beträgt 4230 Quadratkilometer.

In der Republik Polen befinden sich insgesamt 634 Stadt- und 278 Landkreise, sowie 12 530 Stadt- und Landgemeinden einschließlich der kleinen Ortschaften. Der Gesamtflächenraum beträgt 388,390 Quadratkilometer. Den größten Flächenraum weisen die Wojewodschaften Lublin, Bialystok und Wolhynien mit durchschnittlich 30 000 Quadratkilometern auf. Die Wojewodschaft Posen umfaßt die meisten Stadt- und Landkreise bezw. Gemeinden und zwar 118 Stadt- und 38 Landkreise, sowie 3040 Stadt- und Landgemeinden mit den Ortschaften. An zweiter Stelle kommt die Wojewodschaft Lodz. Die Wojewodschaft Schlesien ist als kleinste zu bezeichnen. y.

Kattowitz und Umgebung

Arbeitslosigkeit und Arbeitszwang.

Der Bezirksarbeitslosenfonds in Kattowitz teilt mit, daß nach den Bestimmungen des Arbeitslosenfürsorgegesetzes im Falle der Arbeitsverweigerung eine Entziehung der gesetzlich anerkannten Unterstützung von Amts wegen erfolgen kann. Selbstverständlich kann ein qualifizierter Erwerbsloser nicht gezwungen werden, eine nicht in sein Fach einschlagende Arbeit anzunehmen. Jedoch darf einem nichtqualifizierten Arbeitslosen jede Arbeit, gleich welcher Art, zugewiesen werden. Die Feststellungen haben gezeigt, daß in letzter Zeit verschiedene Beschäftigungslose die zugewiesene Arbeit glatt ablehnen, indem sie Krankheit vorschützen. Die Erfahrungen haben ergeben, daß es sich in den weitaus größten Fällen um leere Ausflüchte handelt. Es kommt oft vor, daß registrierte Arbeitslose trotz der laufenden Unterstützungen nebenbei einer Beschäftigung und zwar ohne Wissen der Arbeitsvermittelungsämter, nachgehen. Der Nebenverdienst ist mitunter höher, als der Verdienst bei der amtlich zugewiesenen Arbeitsstelle.

In jedem Falle ist bei einer evtl. Arbeitsverweigerung ein triftiger Grund anzugeben, der auch jederzeit durch die Behörde nachgeprüft werden kann. Im anderen Falle erfolgt die Streichung aus der Evidenz, was zur Folge hat, daß die Betroffenen ihre Ansprüche, im Falle der Arbeitslosigkeit, verlustig gehen. y.

Deutsches Theater. Die Kindervorstellung der künstlerischen Handpuppenspiele findet am Donnerstag, den 9. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, im Christlichen Hospiz statt. Karten sind im Vorverkauf an der Theaterkasse, ulica Teatralna, zu haben. Die Preise sind so niedrig gehalten, daß sich jedes Kind den Besuch dieser Vorstellung leisten kann.

Er gab in Kattowitz „Gastrollen“. Am Kattowitzer Bahnhof wurde der 28jährige Josef Karlinski aus Czenstochau arretiert, welcher wegen verschiedener strafbarer Vergehen von den Gerichtsbehörden in Kattowitz, Königshütte, Sohrau, Kozi-Glowa und Rybnik steckbrieflich gesucht wird. Der Täter wurde in das Kattowitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert. x.

Von der Polizei festgenommen. Vor einigen Tagen wurde, zum Schaden des Franz Chrobok eine Decke, im Werte von etwa 200 Zloty, gestohlen. Der Kattowitzer Kriminalpolizei gelang es inzwischen als Täter den Peter K., von der ulica Graniczna 20 aus Kattowitz zu ermitteln. Während der Wohnungsrevision wurde die Decke vorgefunden und dem Eigentümer wieder zugestellt. x.

Einbruch in eine Kattowitzer Restauration. In das Lokal des Anton Kowalski auf der ulica Poprzeczna 19 in Kattowitz wurde ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort u. a. einen Geldbetrag von 19 Zloty, 1 rotes Kreuz, sowie einen Revolver Marke „Meljor“ Kal. 6,35 mm, sowie 8 Revolverkugeln. Den Einbrechern gelang es unerkannt mit der Diebesbeute zu entkommen. x.

In der 4. Bahnhofswarteklasse festgenommen. Der 19jährige Edmund Nowakowski aus Sosnowitz versuchte am Kattowitzer Bahnhof der Händlerin Marta Griem aus Nikolai eine Geldbörse mit einem größeren Geldbetrag zu stehlen. Der Spitzbube hatte jedoch Pech, da er auf frischer Tat ertappt werden konnte. Gegen den Täter wurde gerichtliche Anzeige erstattet. x.

Eichenau. (Ein Patriot lobt einen Hakatisten.) Wenn man gegen Jemanden einen Kampf führt, muß man Argumente in der Hand haben. Mit Argumenten wird in den Parteien, Verbänden und Gemeindevertretungen herumgeworfen. Auf den Eichenauer Gemeindevorsteher sind schon seit langer Zeit einige Gemeindevertreter nicht gut zu sprechen, denn sie teilen nicht seine Ansicht. Zu diesen Gegnern zählt auch der Gemeindevertreter M. vom Korfantyklub. Schon vor dem Kriege hat Pan M. im Lager des Korfanty gekämpft. Der frühere Gemeindevorsteher Schidlo, ein bekannter Hakatist, wurde ganz besonders von den Korfantysten bekämpft. Beim ersten Aufstand wude auch Schidlo von Korfantyanhängern nach Polen verschleppt. Alles was Schidlo machte war den Leuten nicht recht. Heute führen sie den Kampf gegen einen Polen. Auch der Pole macht ihnen alles schlecht. Bei diesem Kampf hat sich Pan M. eine mächtige Entgleisung erlaubt, indem er den früheren Gemeindevorsteher Schidlo lobte, daß Schidlo der richtige Gemeindevorsteher gewesen ist, indem er gegen die Gemeindebeamten brutal vorging. So soll auch der jetzige Gemeindevorsteher die Gemeindebeamten brutal behandeln. Pan M. hat mit dieser Erklärung sein richtiges Herz gezeigt. Was wird nun seine Parteileitung dazu sagen, daß er frühere Hakatisten als die richtigen Leute im Amt betrachtet. Jedenfalls hat Pan M. durch seine Erklärung bewiesen, daß deutsche Disziplin besser ist. Wir Sozialisten sind darüber anderer Meinung. *

Königshütte und Umgebung

Aufhebung der verbilligten Baukredite.

Die Stadt Königshütte war in der Wojewodschaft die erste Kommune, die die herrschende Wohnungsnot durch die Gewährung von verbilligten Baukrediten an die Hausbesitzer zum Aufstocken bezw. Umbauen ihrer Wohnhäuser zu bewegen versuchte. Seitens der Hausbesitzer wurde davon reichlich Gebrauch gemacht, weil die Kredite zu 4 v. H. zu erhalten waren und die neugeschaffenen Wohnungen nicht unter das Mieterschutzgesetz fielen. Hinzu kam noch, daß die Festsetzung der Mieten in aufgestockten Häusern dem Hauswirt allein überlassen wurde. Wenn auch die Miete in solchen Wohnungen für eine Stube und Küche bis zu 65 Zloty betragen hat, wurden die Wohnungen alle vermietet. Jedoch in der letzten Zeit sind in solchen Wohnungen die Mieter ihren Zins schuldig geblieben, was auf die Folgen der Arbeitslosigkeit, geringeren Einkommens usw. zurückzuführen ist. Während der fast dreijährigen Dauer dieser Aktion, wurden Kredite in Höhe von 1 Million Zloty an verschiedene Bürger vergeben. Wenn auch durch die an die Hunderte geschaffenen Wohnungen nicht die große Wohnungsnot in der Stadt behoben haben, so trugen sie andererseits viel zur Linderung dieser bei, weil es immer noch eine größere Anzahl von Leuten gibt, die auf Grund ihrer Einkommen solche Mieten bezahlen können. Manches unwürdige Wohnen wurde dadurch beseitigt. Die nützliche Maßnahme der Stadtverwaltung ist nun leider auch ein Opfer der Wirtschaftskrise u. des Geldmangels geworden. Der Finanzausschuß hat wegen der schlechten Finanzlage der Stadt beschlossen, in diesem Jahre keine verbilligten Baukredite zu gewähren. Wenn in Erwägung gezogen wird, daß im laufenden Jahre fast keine Neubauten durch Verwaltungen oder Private ausgeführt werden, so ist mit einer weiteren Schwächung des Baumarktes zu [illegible]. Es ist eine bedauerliche Feststellung, wenn man in Betracht zieht, daß in der Stadt noch an die 1200 Wohnungssuchende zu verzeichnen sind und diesen Leuten vielleicht auf Jahre hinaus jede Hoffnung genommen ist, eine Wohnung zu erhalten. k.

Einspruch gegen die Mietserhöhungen. Eine Anzahl Invaliden der Gräfin Lauragrube führen Klage darüber, daß die Verwaltung von der Zeit der Entlassung für die bezogenen Wohnungen eine Steigerung der Mieten vorgenommen hat. Bis zum Tage der Entlassung wurde diesen Leuten eine Miete für Stube und Küche von 11,20 Zloty in Anrechnung gebracht. Unter Androhung der Aussetzung wird ein Betrag von 16,20 Zloty gefordert. Durch die fortgesetzte Verminderung der Einkünfte, betrachten die in Frage kommenden Leute die vorgenommene Steigerung als Härte und haben bei der Verwaltung Einspruch erhoben. k.

Betriebsratswahlen. Die Wahlen zum Betriebsrat in den städtischen Betrieben werden am 16. d. Mts. abgehalten. Bis zum Ablauf der Listeneinreichung wurden nur 2 Kandidatenlisten beim Wahlvorstand eingereicht. Wahlberechtigt sind an die 289 Arbeiter, die in den verschiedenen Betrieben der Stadt beschäftigt sind. k.

Aus Not zum Einbrecher geworden. Trotz aller Hilfsmaßnahmen ist die Not unter den Erwerbslosen eine große und Tausende von Menschen heute nicht wissen, wie sie ihr Leben fristen sollen. Kein Wunder dessen, daß sich verschiedene Personen in der Verzweiflung zu verschiedenen unerlaubten Handlungen hinreißen lassen und mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Ein Beispiel dafür zeugt ein Einbruch in die Werkstatt des Fleischermeisters Gerhard Sagrodski an der ulica Mickiewicza 60, wo Arbeitslose Fleisch- und Wurstwaren entwendeten. Kurz darauf gelang es der Polizei die Täter in den Erwerbslosen Hermann Sch. ulica Narozna 16, Richard M. ulica Mickiewicza 25 und Johann K. ulica Mickiewciza 60 ausfindig zu machen. Sie gestanden ihre Tat zu, mit der Bemerkung, daß sie bereits längere Zeit nichts zu essen hatten und den Einbruch aus größter Not begangen haben. k.

Siemianowitz

Aus der gestrigen Magistratssitzung.

Die gestrige Magistratssitzung befaßte sich vornehmlich mit der Bewilligung von verschiedenen Zusatzkrediten. Zunächst wurden zur Erneuerung der Aushängetafeln für die Waisenräte (zirka 10 Stück) 50 Zloty bewilligt. Die neue Prüfstation für die Wassermesser, welche unter zu schwachem Druck zu leiden hat, soll soweit ausgebaut werden, daß eine stärkere Leitung gelegt wird, sowie ein dementsprechendes Ventil eingebaut wird. Hierzu wird ein Zusatzkredit von 4500 Zloty benötigt, welcher bewilligt wurde. Der bisherige Wasserdruck reicht nicht aus, um die Prüfung der Wassermesser vorschriftsmäßig durchzuführen und die Stadt ist genötigt, diese Arbeiten in Kattowitz ausführen zu lassen, was mit unnötigen Kosten verbunden ist. Auf einen erneuten Antrag des Fleischermeisters Mixa zum Bau einer Erfrischungshalle auf der Knappikstraße, schlägt der Magistrat einen Preis von 10 Zloty pro Quadratmeter vor. In der letzten Stadtverordnetensitzung war ein Preis von 12 Zloty genannt. Für die Renovation des Hallenschwimmbades ist ein Zusatzkredit von 197 Zloty bewilligt worden. Die Malerarbeiten sind seinerzeit dem Malermeister Zielonka für 480 Zloty übertragen worden, was nicht ausreichte, weil noch verschiedenes sich nicht in vorschriftsmäßigem Zustande befindet. Anträge auf Erlaß von Militär- und anderen Steuern beschlossen die Sitzung. o.

Veranstaltung der deutschen Theatergemeinde. Am heutigen Mittwoch, um 14,30 Uhr, findet im Saale 2 Linden die Aufführung der so beliebten Puppenspiele für Kinder statt. Karten zu 30 bis 99 Groschen sind in der Geschäftsstelle der Kattowitzer Zeitung, Hüttenstraße 2 und an der Theaterkasse im Saale zu haben. o.

Verkehrskarten sind abzuholen. Eine größere Anzahl abgestempelter Verkehrskarten liegen zum Abholen im Zimmer 11 des Magistrats bereit. o.

Myslowitz

Ueber 4 Zentner Butter gestohlen. In der gestrigen Nacht wurde der Lagerraum der Markthändlerfrauen G. und J. auf der Entengasse in Myslowitz erbrochen und daraus über 4 Zentner Butter gestohlen. Die verdächtige Fuhre wurde in Dembowa Gora von dem dortigen Polizeiposten angehalten und das Diebesgut beschlagnahmt. Einige Komplizen konnten verhaftet werden. Die Händlerfrauen erhielten ihre Butter die einen Wert von über 700 Zloty hatte, wieder zurück. —ek.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Aus der Sitzung des Bismarckhütter Gemeinderats!

Am Dienstag fand die erste Sitzung der Gemeindevertretung in diesem Jahre statt, die einen ruhigen Verlauf nahm. Nach Eröffnung und Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung, gab der Vorsitzende die Bestätigung der Feuerwehrdienstpflicht durch die Starostei bekannt. Im nächsten Punkt, betreffend den Grundstücksverkauf an den Aufständischenverband, erwiesen sich einige Formalitäten im Vertrage als notwendig, die genehmigt wurden, ebenso der Zuschlag der Kommunalsteuer zur Grundstückssteuer. Eine lebhafte Debatte entstand bei Behandlung der Kommunal- zur Einkommensteuer, wobei der Rada der Unterschied zwischen den Summen von 1500 Zl. bis 24 000 auffiel, welche mit 4 Prozent besteuert werden. Man beschloß eine Resolution zu verfassen und unter schärfstem Protest an die in Betracht kommenden Instanzen weiterzuleiten, mit der Forderung, eine andere Staffelung vorzunehmen.

Um der Gemeinde neue Einnahmequellen zu erschließen, wurde der Vorschlag eingebracht, die Gebäude- sowie Bauplatzsteuer um 7 Prozent zu erhöhen. Das rief die Hausbesitzer auf den Plan, die sich die größte Mühe gaben, durch lange Reden und verschiedene Rechenexempel den Nachweis zu erbringen, daß sie nicht mehr in der Lage sind, eine Mehrbelastung zu tragen. Di sozialistische Fraktion vertrat den Standpunkt, die Bauplätze um 100 Prozent in der Steuer zu erhöhen, da damit nur Wucher getrieben wird. So mancher würde auch bei diesen Verhältnissen noch bauen, wenn die Bauplätze nicht so teuer wären. Schließlich wurde der Antrag mit den Stimmen der sozialistischen Fraktion, sowie den Arbeitern der anderen Fraktionen, auf 6 Prozent herabgesetzt und angenommen.

Die wichtigsten zwei Punkte, Annahme des Statuts, zwecks Deckung der Administrationskosten und Erhöhung des Wassergeldes, fanden bei den Gemeindevätern kein Verständnis. Ersterer wurde auf die nächste Sitzung vertagt, letzterer abgelehnt, da die Einwohnerschaft absolut nicht mehr in der Lage ist, mehr zu zahlen. Trotzdem Bürgermeister Grzesik darauf hinwies, daß die Gemeinde zum Wasser zuzahlen muß, konnte sich niemand entschließen, die Verantwortung einer Mehrbelastung auf sich zu nehmen.

Auf die Anfrage, ob irgendwelche Schritte vonseiten der Gemeinde bei den Behörden unternommen wurden, um die Schließung des Krankenhauses zu verhindern, antwortete Bürgermeister Grzesik, er wäre auf der Wojewodschaft vorstellig geworden, und es ist ihm versprochen worden, seinem Wunsch Rechnung zu tragen. Leider soll die Bismarckhütte die Genehmigung bereits erhalten haben. Da für den Bau eines Obdachlosenasyls kein Geld vorhanden ist, wurde von der sozialistischen Fraktion der Vorschlag eingebracht, bei der Bismarckhütte vorstellig zu werden, um in der Baracke am Häuserblock, die vom Militär geräumt wurde, eine Unterkunft für die Bedürftigsten zu schaffen. Auf die Anfrage, weshalb die Ausgabe der Bons nicht in einem geschlossenen Raume während des Winters stattfindet, da man den Armen nicht zumuten kann, während der Kälte draußen zu warten, gab der Vorsitzende zur Antwort, es geht nach dem Alphabet, da brauchen die Leute nicht zu warten, sie sollen nur nicht alle auf einmal kommen.

Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die öffentliche Sitzung, auf welche eine geheime folgte. Was bei der Sitzung besonders aufgefallen ist, war der schlechte Besuch der Sanacjavertreter, wahrscheinlich verlieren sie, mit der Zunahme der Krise, auch die Lust zu arbeiten. Ja, ja, die Gemeinde ist arm geworden. s.

Neudorf. (Wegen Ruhestörung arretiert.) Die Polizei arretierte die Brüder Sylvester und Leopold L. welche sich Ruhestörung zuschulden kommen ließen. x.

Paulsdorf. (Er erfreute sich nicht lange seiner Freiheit.) In der Nacht zum Sonntag wurde in die Wohnung des Josef Czerny, auf der ulica Glowna 9 in Paulsdorf, ein Einbruch verübt. Der Täter drückte die Fensterscheibe der Wohnung ein und gelangte auf diesem etwas ungewöhnlichen Wege in das Innere. Dort stahl der Spitzbube einen Geldbetrag von 20 Zloty, ferner 3 Stück Leder, 3½ Dutzend Gummiabsätze, 1 Inhalationsapparat, 1 Koffer und 1 Anzug. Der Gesamtschaden wird auf 450 Zloty beziffert. Inzwischen gelang es der Polizei den Täter in der Person des 23jährigen Gottfried Sch. aus Paulsdorf festzunehmen. Das Diebesgut wurde von der Polizei beschlagnahmt. x.

Pleß und Umgebung

Schikane gegen deutsche Zeitungsausträger.

Wie schmutzig der Kampf gegen das Deutschtum auf dem Lande ist, beweist wiederum ein Fall, der vor einigen Tagen in der Gemeinde Imielin passierte. Ein Arbeitsloser, namens Stockfisch, hat in der Gemeinde Imielin die Propaganda für den „Volkswille“ aufgenommen. Propaganda bringt nichts ein. Unsere Patrioten sind aber der Meinung, daß ein Mensch, wenn er 5 Zeitungen austrägt und dieselben „deutsch“ sind, eine Masse Geld verdienen muß. Dieser Meinung ist auch der Amtsvorsteher Bienia aus Imielin. Als er Stockfisch mit dem „Volkswille“ sah, hat er ihm sofort die paar Zloty Unterstützung den Monat entzogen. Auch die Suppenmarke wurde dem armen Schlucker entzogen, so daß der Betreffende ohne jegliche Lebensmöglichkeit dasteht. Interventionen beim Amtsvorsteher nutzen nichts. Vielmehr erlaubte sich Pan Bienia die Aeußerung, daß er den Stockfisch verklagen wird, weil er sich nicht gemeldet hat, wo er eine Beschäftigung als Zeitungsausträger angenommen hat. Hier kann man sehen, daß das eine ganz gemeine Schikane ist. Wer wird heute daran glauben, daß ein Mensch, wenn er 5 Zeitungen austrägt, soviel verdient, daß ihm die Unterstützung entzogen werden muß. Aus diesem Grunde darf ihm vor allem die Suppenkarte aus der Küche nicht entzogen werden. Wir wollen hoffen, daß eine höhere Instanz den patriotischen Amtsvorsteher von Imielin eines anderen belehrt, denn die Bürger können solche Schikane nicht länger aushalten. Sie verlangen ihr Recht, wie es allen Bürgern gebührt. *

Nikolai. Die künstlerischen Handpuppenspiele die von der vorigen Saison her hier bestens bekannt und beliebt sind, werden auch in dieser Saison wieder eine Kindervorstellung veranstalten und zwar am Donnerstag, den 9. Februar um 6 Uhr nachmittags im Hotel Polski. Zur Aufführung kommen: 1. Der Froschprinz, 2. der Räuber Koziol, 3. Kasper und der böse Zauberer Pumpernickel. Die Preise sind sehr niedrig, damit sich jedes Kind den Besuch dieser reizenden Kindervorstellung leisten kann. Karten im Vorverkauf sind bei Frau Wylezol zu haben.

Nikolai. (Italienischer Streik bei Kötz.) Alle Mittel haben versagt, um die Verwaltung zur Auszahlung der rückständigen Löhne zu zwingen. Der Betriebsrat und die Arbeitergewerkschaften haben interveniert, aber die Verwaltung zahlt dennoch die rückständigen Löhne nicht aus. Da die Belegschaft zu der Ueberzeugung gelangte, daß sie auf dem legalen Wege nichts ausrichten wird, beschloß sie, die Arbeit so lange zu verweigern, bis die Verwaltung den Restlohn auszahlen wird. Am vergangenen Freitag ist die Belegschaft in den italienischen Streik getreten. Schon am zweiten Streiktage wurde ein kleiner Erfolg erzielt, denn die Verwaltung zahlte kleine Vorschüsse aus. Sie betrugen 15 bis 20 Zloty pro Arbeiter. Die Belegschaft kann sich damit nicht zufrieden stellen und man wählte ein Komitee, das beim Aufsichtsrat der Fabrik vorstellig wird. Die Belegschaft hat beschlossen an das Gericht heranzutreten und eine Gerichtsaufsicht über die Firma zu beantragen. Manche Arbeiter haben an die Fabrik eine Forderung bis zu 600 Zloty und sie fürchten, daß sie ihre Lohngroschen einbüßen werden. ero.

Nikolai. (Achtung Verkehrskarteninhaber!) Die Frist zur Verlängerung der Verkehrskarten ist bis zum 31. März 1933 verlängert worden. Wer seine Verkehrskarte bis dahin nicht verlängert, der hat sich selbst zuzuschreiben, daß er über die Grenze nach Deutsch-Oberschlesien nicht fahren darf. ero.

Nikolai. (Einbruch in die Ortskrankenkasse.) Am vergangenen Sonnabend wurde in der Nacht in die Ortskrankenkasse ein Einbruch verübt. Mittels Nachschlüssels gelangten die Einbrecher in die Büroräume und machten sich an dem Geldschrank zu schaffen. Sie haben die Rückseite aufgerissen, aber das Geschäft hat sich kaum gelohnt, denn in der Kasse waren nur 75,24 Zloty, die sie mitgenommen haben. Die Krankenkasse war gegen Diebstahl versichert. Die Einbrecher sind unerkannt entflohen. ero.

Nun erst recht!

Gegen die Einigkeit der Arbeiterfeinde: Einigkeit der Arbeiter!

Der Berliner „Vorwärts", das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, schreibt:

Mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler ist der Entscheidungskampf zwischen Demokratie und Faschismus, zwischen Kapital und Arbeiterklasse in ein neues Stadium getreten. Entschieden ist er noch lange nicht!

Die Arbeiterklasse, die Demokratie und der Sozialismus sind nicht geschlagen. Stimmungen der Resignation oder der Verzweiflung sind den politisch geschulten Massen der Sozialdemokratie unbekannt. Sie werden kaltblütig beobachten und sich zu entscheidendem Handeln bereithalten, sowie die Stunde es erfordert. —

Wenn es gestern Leute gegeben hat, die zähneklappernd zu Bette gegangen sind, so waren es bestimmt keine Sozialdemokraten! Aber wahrscheinlich waren es Nationalsozialisten, die sich fragten, wie ihre Partei es ertragen wird, daß ihr Führer mit Papen und Hugenberg an der Spitze einer großkapitalistischen Regierung steht.

Wenn gestern Leute zähneklappernd zu Bette gegangen sind, so mögen es die Deutschnationalen gewesen sein, die nicht wissen, wann und wie sie ihre lieben Bundesgenossen wieder loswerden können. — Den meisten Grund, zähneklappernd zu Bette zu gehen, hatte aber der neue Reichskanzler selbst, der nun alle Versprechungen erfüllen soll, die er gemacht hat. Wer möchte da in seiner Haut stecken?

Adolf Hitler, ein Mann aus dem Arbeiterstand, Führer einer Partei, die sich heute noch eine Arbeiterpartei und sozialistisch nennt, steht an der Spitze einer Regierung der großagrarisch-großkapitalistischen Reaktion. Wie ihm diese Regierung, wie dieser Regierung dieser Chef bekommen wird, wird die nächste Zeit lehren.

Die neue Regierung hat sich beeilt zu erklären, daß sie sich auf den Boden der Verfassung und des Gesetzes stellt und daß sie nichts gegen Verfassung und Gesetz unternehmen will. Sie kann daher, ohne ihr Wort zu brechen, auch nicht die Kommunistische Partei verbieten.

Der „Vorwärts" hat gestern vor kopflosen Parolen gewarnt. Wie recht er hatte, zeigen die Erklärungen des neuen Reichsinnenministers Frick. Die Herren erklären, sie stehen auf dem Boden der Legalität. Wir nehmen diese Erklärung ohne Vertrauen zur Kenntnis und denken darum nicht daran, uns vom Boden der Legalität abdrängen zu lassen. Wenn er verlassen werden soll: meine Herren, nach Ihnen! Wir wollen aber versuchen, Sie schon vorher davon zu überzeugen, daß Ihnen dieses Experiment verdammt schlecht bekommen würde. Das Mittel der Arbeitseinstellung ist ein legales Mittel. Seine Anwendung zur Abwehr eines Angriffes auf die Freiheitsrechte des Volkes, auf die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse ist hundertmal gerechtfertigt. Aber taktische Vernunft rät, mit ihm hauszuhalten, damit ein entscheidender Augenblick nicht eine abgekämpfte Arbeiterschaft finde. Sehr bald kann alles anders sein. — In Zeiten wie den jetzigen, ändern sich die Verhältnisse und die Taktik sehr schnell! Heute Generalstreik machen, hieße die Munition der Arbeiterklasse zwecklos in die leere Luft verschießen! —

Auf die Einigung aller Feinde der Arbeiterklasse gibt es nur eine Antwort: Einigung der Arbeiterklasse!

Das Gewesene ist gewesen, ein neuer Kampfabschnitt hat begonnen. Alles ist zu gewinnen, wenn die Arbeiter einig sind, alles ist zu verlieren, wenn sie es nicht sind!

Darum keine Zänkereien, keine Stänkereien, keine Sonderparolen und Sonderaktionen! Keine falschen Einheitsfrontmanöver, sondern echte Einheit der Arbeiterklasse! — Sie ist nur zu erreichen durch ehrliches Zusammenstehen in Not und Kampf! —

Klassenkampf, nicht Bruderkampf!
Her zur Eisernen Front!
Proletarier Deutschlands vereinigt euch!

* * *

Leider ist der Ton der kommunistischen Presse ein ganz anderer. Die Berliner „Rote Fahne" fährt in ihrem gehässigen Geschimpfe gegen die Sozialdemokraten fort. Sie spricht von „Judas Ischariots" im Lager der Arbeiterklasse, von „Hochverrat am Proletariat" und nennt die Sozialdemokraten „Helfershelfer des Faschismus"... Wieviel Schläge müssen den deutschen Arbeitern noch versetzt werden, bis diese kommunistischen Parteibürokraten verstehen, daß es jetzt auf andere Dinge ankommt als auf ihr ödes „Verräter"-Geschrei! Wenn nicht einmal eine Regierung Hitler imstande ist, bei den deutschen Kommunisten bessere Einsicht zu wecken, und das Echo der vernünftigen Worte der sozialdemokratischen Presse so mißtönig klingt — armes deutsches Proletariat!

Bielitz und Umgebung

Rund uu die Eskomptebank.

Bei dem Zusammenbruch der Eskomptebank in Bielitz sind nicht nur kleine Sparer um ihre Spargroschen gekommen, dieser Skandal zieht immer weitere Kreise. Die Leiter dieses Institutes haben auch die Liquidierung der Emailfabrik am Gewissen, wo über 500 Arbeiter Beschäftigung hatten. Man komme uns ja nicht mit der Ausrede, daß das Werk nicht leistungsfähig war. Es ist eine bekannte Tatsache, daß aus dem Bielitzer Emailwerk prima Emailgeschirr geliefert wurde, so daß diese Fabrik einen sehr schönen Nutzen abgeworfen hat. Natürlich einem Direktor Herolz, der einem Menschen mit Taschen ohne Boden gleicht, war dies noch immer zu wenig, so daß dieses rentable Unternehmen stillgelegt und Hunderte von Arbeitern aufs Pflaster gesetzt wurden. Die innere, mitunter wertvolle Einrichtung wurde für lächerlich geringe Beträge verschleudert. So wurde die Eskomptebank durch Liquidierung dieses Unternehmens schon geschwächt.

Unverzeihlich war es auch, mit den eingelegten Geldern der Sparer so leichtsinnig umzugehen, daß man einem halb bankerotten Unternehmen wie es die Mühle Dobija war, noch hohe Darlehen gewährte! So wurde das Vertrauen der kleinen Sparer von den großen Kapitalisten mißbraucht.

Diese Vorkommnisse beweisen aber wieder recht eindringlich, wie morsch und faul die heutige kapitalistische Wirtschaft ist. Dem Eigennutz einiger weniger Profitmacher werden die Interessen der Kleinen geopfert. Aus der Not der Einen, bereichern sich die Anderen. Mit diesem ungesunden System muß endlich einmal gründlich aufgeräumt werden. Sollen denn die faulen Drohnen ewig den Honig der fleißigen Arbeitsbienen verzehren?

Reißt euch alle los von der Klasse, die nur von der Ausbeutung der andern leben will. Organisiert euch gewerkschaftlich, politisch und genossenschaftlich. Machet euch von den Blutsaugern gänzlich unabhängig! Unterstützt die Interessen der kapitalistischen Clique weder moralisch noch materiell! Bekämpft sie bei jedem Schritt und Tritt. Wenn dies restlos von den Nichtsbesitzenden befolgt werden wird, dann sind auch die Tage dieser Nutznießer der heutigen Unordnung gezählt.

Verein Sterbekassa Bielsko. (150. Sterbefall.) Wir geben unseren Mitgliedern bekannt, daß unser Mitglied Walloschke Rudolf, wohnhaft in Bielsko, am 3. Februar, im 34. Lebensjahre gestorben ist. Ehre seinem Andenken. — Die Mitglieder werden ersucht, die Sterbebeiträge regelmäßig zu bezahlen, damit bei der Auszahlung der Sterbeunterstützung keine Schwierigkeiten entstehen. Die 153. Marke ist zu bezahlen.
Der Vorstand.

Aus der Theaterkanzlei. Mittwoch, den 8. Februar gelangt im Abonnement der Serie blau das Singspiel „Im weißen Rößl" zur Erstaufführung. Dieses Stück, von dem die ganze Welt entzückt ist, wird auch bei uns mit ungeheuerem Interesse erwartet. Obwohl schon bühnereif, wird weiterhin emsig daran probiert. Franz Lagrange führt die Regie, die musikalische Leitung hat Heinrich Wolfsthal. Hugo Brücks Vielseitigkeit sorgt für originelle Bühnenbilder, Fehrenbach gewährleistet, daß auch technisch alles klappen wird und ein großer Komparsenapparat hat sich gern in den Dienst der Sache gestellt. Beschäftigt ist das ganze Personal, einschließlich Frau Weber, die, um Besetzungsschwierigkeiten zu begegnen, die Rolle des Piccolo freundlicherweise übernommen hat. Die zweite Aufführung von „Im weißen Rößl" findet Freitag, den 10. Februar im Abonnement der Serie rot statt.

Theater-Abonnement. Den geehrten Abonnenten diene zur Kenntnis, daß die 5. Abonnementsrate fällig ist. Der hierfür entfallende Betrag ist an der Gesellschaftskasse, Stadttheater, 1. Stock, bis spätestens 10. Februar zu entrichten. Nach diesem Termin werden die Beiträge vom Inkassanten eingehoben, wofür eine Inkassogebühr von 4 Prozent zu entrichten ist.

Versuchter Selbstmord. Am Sonntag gegen 8 Uhr abends, sprang ein Soldat bei der Hauptstraßenbrücke in die ziemlich angeschwollene Bialka. Das Wasser hatte den Soldaten ein Stück getragen und dann an ein Ufer angeschwemmt. Die Rettungsgesellschaft brachte den Soldaten wieder zum Bewußtsein und überführte ihn in die Kaserne. Es soll dies ein Andreas Galuschka sein, der 23 Jahre alt ist und beim 3. Schützenregiment dient. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Ein Hungermarsch nach Kattowitz. Aus Zarzecze, Bezirk Bielitz, gingen 20 ausgesteuerte, halbverhungerte Arbeitslose, schlecht gekleidet, den 100 Kilometer weiten Weg nach Kattowitz, um am Wojewodschaftsamt ihre Forderungen mündlich vorzubringen. Diese Gruppe wurde jedoch beim Wojewodschaftsamt nicht vorgelassen sowie man sie vor einer Woche zum Bielitzer Bezirkshauptmann nicht vorgelassen hat. Zum Schluß wurde die Delegation doch vom Vorsitzenden der Abteilung für Arbeit und soziale Fürsorge empfangen. Derselbe überwies ihnen einen Geldbetrag von 40 Zloty oder für jeden Arbeitslosen 2 Zloty. Wahrlich eine königliche Unterstützung!

Einbruchsdiebstähle. In der Nacht vom 4. Februar drangen Diebe in den Schuppen des Josef Chlebek in Czechowitz ein und stahlen 5 Hühner im Werte von 13,50 Zloty. — In der Nacht vom 5. auf den 6. Febr. drangen Einbrecher in den Boden des Wohnhauses von Josef Kischala in Schwarzwasser, und stahlen 140 Kl. geräucherten Speck und Fleisch im Werte von 200 Zloty. — Einem Franz Brzoska wurde Wäsche im Werte von 25 Zloty gestohlen. — Am Montag wurde der Martha Rapaport-Bielitz, Stadtberg, aus dem Vorhaus ein Kinderwagen im Werte von 175 Zloty gestohlen. — In der Nacht des 6. Februars drangen Diebe mittels Nachschlüssel in den Flur des Hauses Lipnikerstraße 223 in Biala ein, wo sie die im Vorhause stehenden Schränke gewaltsam öffneten und aus denselben Kleidungsstücke und verschiedene Lebensmittel im Werte von 550 Zloty stahlen. Die Geschädigten sind die Mieter Andreas Willmann, Marie Potempa und Marie Klisz.

Festgenommene Ladendiebin. In Biala wurde die 37jährige Franziska Sternal aus Lipnik verhaftet, welche im Verdachte steht, im Bielitzer Arbeiterkonsumverein Wäsche gestohlen zu haben. Sie wurde dem Gerichte eingeliefert.

Holzverkauf aus den Wäldern der Stadtgemeinde Bielsko. Die Stadtgemeinde Bielsko beabsichtigt im Offertenwege aus den städt. Wäldern in Bystra Sl. zirka 1000 m³ Stammholz (Tanne) loco Wald zu verkaufen. Die diesbezüglich geschriebenen Offerten sind geschlossen mit der Aufschrift „Holzverkauf aus den Wäldern der Stadtgemeinde Bielsko" bis Samstag, den 11. Februar, 11 Uhr, im Magistrat (Einlaufsstelle Büro Nr. 30) einzubringen. Die Stadtgemeinde Bielsko hält sich freie Wahl unter den Offerten vor.



Erstes Bild von den Streik-Ausschreitungen in Rumänien

Aufräumungsarbeiten an dem Verwaltungsgebäude einer großen Petroleum-Gesellschaft in Ploesti, das von den Streikenden gestürmt und demoliert wurde. Infolge der schweren Ausschreitungen wurde über das Petroleum-Gebiet und später über weite Teile Rumäniens der Ausnahmezustand verhängt.

Volksbühne Biala-Lipnik. Samstag, den 18. Februar, um 8 Uhr abends, findet im Saale des „Schwarzen Adler" in Biala, die einmalige Operette „Mädi", in 3 Akten von Leo Stein und Alfred Grünwald, Musik von Robert Stolz, statt, wozu alle Freunde und Gönner freundlichst eingeladen werden. Nach Schluß der Aufführung Tanz. Karten sind ab Samstag, den 11. Februar in der Pedanterie, Biala 11 listo pada neben der Delikatessenhandlung H. Geier, sowie im Arbeiterkonsumverein in Bielsko, Zamkowa und bei allen Mitgliedern der Volksbühne erhältlich. Am Samstag, den 18. Februar schon ab 5 Uhr nachmittags Kassaeröffnung im „Schwarzen Adler". Preise: Loge, 5 Pl., 10 Zloty. Logensitz 2,50 Zloty. 1. Parkett 1,99 Zloty + 10 Groschen. 2. Parkett 1,50 Zloty + 10 Groschen.

Lipnik. (Brand.) Am Samstag, den 4. d. Mts. brach auf dem Boden des Wohnhauses Piesch in Lipnik unweit der katholischen Kirche ein Brand aus, dem in kurzer Zeit das aus Holz gebaute Haus zum Opfer fiel. Infolge Wassermangel konnte die Feuerwehr die Löschaktion nicht intensiv gestalten. Der Schaden beträgt über 5000 Zloty und ist nur teilweise durch die Versicherung gedeckt. Der Brand soll infolge eines schadhaften Kamins ausgebrochen sein.

Lipnik. (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht zum Sonntag drangen unbekannte Täter in das Gemischtwarengeschäft des Philipp Katzer in Lipnik dadurch ein, indem sie den Rolladen zerschnitten und aus dem Geschäft verschiedene Lebensmittel, Liköre und Tabakwaren im Werte von 1000 Zloty stahlen. In demselben Geschäft war dies in einem kurzen Zeitraum der zweite Einbruch. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Polnisches Theater. („Unter Geschäftsaufsicht", Schwank v. Arnold und Bach.) Dieser Schwank, der mit der Rolle des Buchhalters Haselhuhn steht und fällt, bedeutet keine wertvolle Bereicherung des Repertoires. Er reizt viel weniger die Lachmuskeln, als die Nerven und leistet sich manche Geschmacklosigkeit. Statt in dieser Hinsicht zu dämpfen, gefiel die Darstellung noch in Uebertreibungen, welche an Dilettantismus grenzten. Allerdings muß anerkannt werden, daß neben der Rolle der Pussi Angora, auch einige andere Nebenrollen sehr gut besetzt waren und den heimlichen Eindruck, den die Darstellung des H. Arnold machte, zum Teil verwischte. Der Gesamteindruck war jedoch ein matter.
H. R.

Handballecke

Sonntag, den 12. Februar, um 10 Uhr vormittags, Bezirksspielausschußsitzung im Arbeiterheim Bielsko. Sämtliche Vertreter werden ersucht pünktlich zu erscheinen.
Der Bezirksspielwart.

„Wo die Pflicht ruft!"

Lipnik. Am Sonntag, den 12. Februar 1933 findet um 2 Uhr nachmittags im Gasthaus des Herrn Zak in Lipnik die Generalversammlung des Vereins jugendlicher Arbeiter in Lipnik mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Jugendliche von Lipnik erscheint alle!

Oberkurzwald. Sonntag, den 12. Februar, um ½3 Uhr nachm., findet im Vereinszimmer die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Vereins jugendlicher Arbeiter von Oberkurzwald, mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Jugendgenossen und Jugendgenossinnen erscheint zahlreich!

Vermischte Nachrichten

Ein rätselhafter Metallblock.

In einem alten Bericht aus dem Jahre 1690 erzählt Simon van der Stel von einem großen Metallblock, der in den Katbergen in Namaqualand (Südafrika) liegt. Dieser merkwürdige Metallklumpen ist kürzlich wieder Gegenstand eingehender Untersuchungen geworden. Es handelt sich um einen etwa 1000 Kilogramm schweren Block aus reinstem Kupfer, der, von einem 1,50 Meter langen Vorsprung abgesehen, 10 Meter lang, 30 Zentimeter breit und 35 Zentimeter hoch ist. Noch heute hat man keine ausreichende Erklärung für die Entstehung dieses seltsamen Gebildes im südafrikanischen Berggelände. Der Forscher Herre vom Botanischen Garten Stellenbosch hat vor kurzer Zeit kleine Stücke dieser Masse untersucht und dabei festgestellt, daß es außerordentlich reines Kupfer ohne jeden Goldgehalt ist. Die kleinen Untersuchungsteile konnten nur unter großen Schwierigkeiten von dem Block entnommen werden, da das Metall so hart ist, daß weder Dynamit noch Hammer und Meißel etwas ausrichten können.

Von Künstlern und so

Der schlafende Bülow.

Hans von Bülow weilte einmal als Gastdirigent in einer kleinen schwäbischen Stadt, die aber, dank der Tüchtigkeit eines jungen Kapellmeisters, über ein ausgezeichnetes Orchester verfügte. Der Kapellmeister hatte die Musikstücke sehr sorgsam und ganz in Bülows Sinne eingeübt. Nun war es Bülows Meinung, daß der Wert eines Dirigenten sich in den Proben zeige, nicht am Abend der Aufführung. Jedes Werk müsse so gut eingeübt sein, daß es auch ohne Dirigenten tadellos klappen müsse. „Publikumsdirigenten" haßte er; und er hatte die Gewohnheit, bei Orchesterstücken, die „gingen", den Taktstock oft halbstundenlang sinken zu lassen — das bedeutete eine gewaltige Anerkennung für Kapellmeister und Orchester. So tat Bülow denn auch hier, und der junge Kapellmeister verstand dies Lob des großen Kollegen durchaus und war glücklich.

Das Lokalblättchen hingegen brachte am andern Tage folgende Kritik:

„Es fällt schwer den Zorn über den gestrigen Abend, der nur dank der Disziplin unsres Orchesters zu Ende geführt werden konnte, nicht in die Feder fließen zu lassen. Gewiß ist Herr von Bülow ein berühmter Dirigent: er scheint sich aber in letzter Zeit bei seinen Gastspielreisen zu übernehmen. Was soll man jedenfalls dazu sagen, wenn ein Dirigent bei einer öffentlichen Aufführung ganze Viertelstunden lang einfach einschläft...?"

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

11,58 Zeitzeichen, Glockengeläut; 12,05 Programmansage; 12,10 Presserundschau; 12,20 Schallplattenkonzert; 12,40 Wetter; 12,45 Schallplattenkonzert; 14,00 Wirtschaftsnachrichten; 14,10 Pause; 15,00 Wirtschaftsnachrichten.

Donnerstag, den 9. Februar.

12,10: Musikalisches Zwischenspiel. 12,35: Schulkonzert. 14: Pause. 15,25: Nachrichten. 15,50: Leichte Musik auf Schallplatten. 16,10: Schlesischer Gärtner. 16,25: Französische Unterrichtsstunde. 16,40: Vortrag. 17: Konzert. 17,40: Aktueller Vortrag. 18: Leichte Musik. 19: Sportfeuilleton. 19,15: Verschiedenes. 20: Leichte Musik. In der Pause: Sport und Presse. 21,30: Hörfolge. 22,20: Tanzmusik.

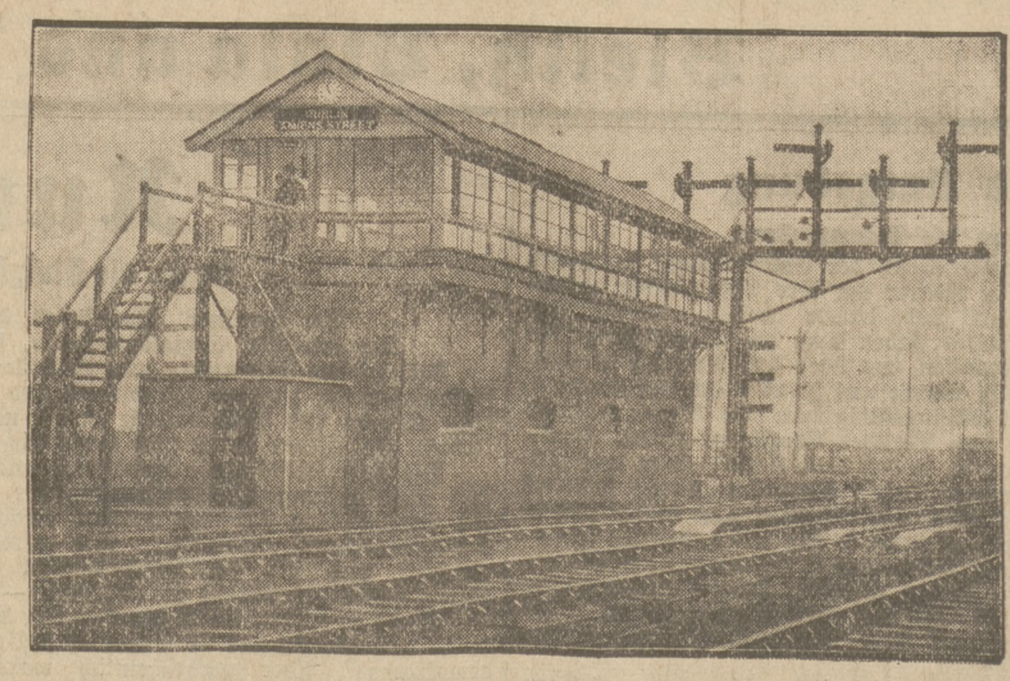
Breslau und Gleiwitz.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

6,20 Morgenkonzert; 8,15 Wetter, Zeit, Wasserstand, Presse; 13,05 Wetter, anschließend 1. Mittagskonzert; 13,45 Zeit, Wetter, Presse, Börse; 14,05 2. Mittagskonzert; 14,45 Werbedienst mit Schallplatten; 15,10 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Donnerstag, den 9. Februar.

10,10: Schulfunk. 11,30: Für die Landwirtschaft. 11,50: Konzert. 15,40: Schlesischer Verkehrsverband. 15.50: Das Buch des Tages. 16,10: Hausmusik für Harmonium. 16,30: Aus Danzig: Nachmittagskonzert. 17,30: Zweiter landw. Preisbericht; anschl.: Kinderfunk. 18: Stunde der Musik. 18,20: Der Zeitdienst berichtet. 18,35: Stunde der Arbeit. 19: Herzkrankheiten, 19,30: Schallplattenkonzert. 20: Konzert. In der Pause: Abendberichte. 22.10: Zeit, Wetter, Tagesnachrichten und Sport. 22,30: Zehn Minuten Arbeiter-Esperanto. 22,40: Ländliche Reitvereine in Schlesien.



Vom Eisenbahnerstreik in Nordirland

Unsere Aufnahme berichtet von dem großen Eisenbahnerstreik in Ulster (Nordirland, an dem sich gegenwärtig etwa 9000 Eisenbahner beteiligen: wie man sieht, liegen die Eisenbahngleise verlassen da, und sämtliche Signale sind auf Halt gestellt.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Schwientochlowitz. Am Freitag, den 10. Februar nachmittags 4 Uhr, findet bei Fromer die Generalversammlung statt, zu welcher alle Mitglieder unbedingt erscheinen müssen. Mitgliedsbuch legitimiert. Referent: Genosse Kowoll.

Michalkowitz. Am Sonnabend, den 11. Februar, nachmittags um 4 Uhr, findet bei Niedballa die Mitgliederversammlung statt. Referent: Genosse Kowoll.

Lipine. Am Sonntag, den 12. Februar, vormittags um 9½ Uhr, findet bei Machon die diesjährige Generalversammlung statt. Referent: Genosse Matzke.

Schlesiengrube. Am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags um 4 Uhr, findet bei Ganschinietz die Generalversammlung statt. Referenten: Genossin Ballon und Genosse Matzke.

Neudorf. Am Mittwoch, den 15. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet bei Goretzki die Generalversammlung der D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt statt. Referent: Genosse Matzke.

Arbeiterwohlfahrt.

Königshütte. Am Dienstag, den 14. Februar 1933, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus, Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6, die fällige Generalversammlung statt. Unsere Genossinnen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Bezirksarbeitersekretariat des A. D. G. B.

Nikolai. Die nächste Beratungsstunde findet am Mittwoch, den 8. Februar d. Js., zur gewohnten Zeit im Lokal Freundschaft, statt. Koll. Knappik ist bestimmt anwesend.

Arbeiter-Sängerbund.

Am Sonntag, den 12. Februar, vormittags um 10 Uhr, findet im Zentralhotel die diesjährige Generalversammlung des Bundes statt. Die Beschickung der Tagung richtet sich nach dem Statut und dem letzten Rundschreiben.

Wochenplan der S. J. P. Katowice.

Mittwoch, den 8. Febuar: Vorstandssitzung.
Donnerstag, den 9. Februar: Monatsversammlung.
Sonntag, den 12. Februar: Heimabend.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Mittwoch, den 8. Februar: Lichtbildervortrag des Bundes für Arbeiterbildung.

Donnerstag, den 9. Februar: Monatsversammlung.

Freitag, den 10. Februar: Sprechchorprobe.

Sonnabend, den 11. Februar: Brettspiele.

Sonntag, den 12. Februar: Heimabend.

Monatsplan der D. S. J. P. Schwientochlowitz.

Freitag, den 10. Februar: Leseabend und Gesang.
Freitag, den 17. Februar: Arbeitsgemeinschaft. Zwei 10-Minuten-Referate und Diskussion.
Freitag, den 24. Februar: Sprechchorbrobe und Gesang.

Der Vorstand.

Touristenverein „Die Naturfreunde".

Am Sonnabend, den 11. Februar, findet im Naturfreunde-Schutzhaus auf der Blatnia ein Hausball statt. Sämtliche Naturfreunde, sowie Gönner der Bewegung sind herzlich eingeladen. Für Musik und Stimmung ist gesorgt.

Kattowitz. (Buchdruckerverband.) Am Sonnabend, den 11. Februar d. Js., abends 7 Uhr, findet im Zentralhotel unsere diesjährige Generalversammlung statt. Alle Kollegen haben zu erscheinen. Verbandskarte als Ausweis mitbringen.

Achtung, Schachinteressenten! Um die Kunst des edlen Schachspiels in Arbeiterkreisen zu fördern und zu verbreiten, findet am Donnerstag, den 9. Februar, abends um 7 Uhr, im Saal des Zentralhotels ein Schachlehrkursus für Anfänger statt, zu welchem wir alle diejenigen, welche das Schachspiel erlernen wollen, hiermit einladen. Der Kursus ist kostenlos und findet an jedem Donnerstag statt, und zwar von 7 bis 9 Uhr.

Schwientochlowitz. (Touristenverein „Die Naturfreunde".) Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet die fällige Generalversammlung statt. Die Mitglieder werden ersucht, zu derselben vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Schwientochlowitz. Der nächste Vortrag findet am Mittwoch, den 8. Februar, abends 7½ Uhr, im bekannten Lokal, statt. Referent: Genosse Sowa.

Königshütte. Am Mittwoch, den 8. Februar, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus ein naturkundlicher Abend statt. Thema: „Schutz- und Trutzbündnisse in der Natur." Anschließend folgt das naturwissenschaftliche Märchen „In der Tiefe", von K. Ewald, welches obiges Thema in heiterer Form behandelt. Im 2. Teile folgen Betrachtungen aus dem Gebiet der Bakterien, ergänzt durch das naturwissenschaftliche Märchen „Die 5 Großmächte", von K. Ewald. Sämtliche Darbietungen mit bunten Lichtbildern. Referent zu allen Vorträgen: Herr Mittelschullehrer Boese.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe des uns so früh durch den Tod entrissenen Vaters, Gatten, Bruders, Schwagers, Kusins und Schwiegersohnes

Rudolf Walloschke

fühlen wir uns verpflichtet, für die so zahlreiche Beteiligung am Leichenbegängnis, die Kranzspenden und das ausgesprochene Beileid Allen den besten Dank auf diesem Wege auszusprechen.

Besonderen Dank sprechen wir der Bäckereiarbeiter-Organisation, dem Arbeiter-Konsumverein, der Arbeiter-Turnerkapelle und dem Pfarrer Dr. Wagner für die trostreichen Worte in der Kirche und am Grabe aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.